

Wortprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Digitalisierung und Datenschutz

14. Sitzung
19. Oktober 2022

Beginn: 09.35 Uhr
Schluss: 12.09 Uhr
Vorsitz: Christian Wolf (FDP)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Siehe Inhaltsprotokoll.

Vorsitzender Christian Wolf: Wir kommen zu

Punkt 2 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
Stand des Breitbandausbaus in Berlin
(auf Antrag der Fraktion der CDU)

[0004](#)
DiDat

Hierzu: Anhörung

Zu Punkt 2 der Tagesordnung wird um die Teilnahme einer Vertreterin/eines Vertreters der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe gebeten.

Auf Senatsseite ist zu diesem Punkt auf Fachebene anwesend Herr Sebastian Askar, der den Fachbereich Digitalisierung, Informations- und Kommunikationstechnik – IKT – und digitale Infrastruktur, Open Data leitet. Ich begrüße außerdem zu diesem Tagesordnungspunkt ganz herzlich unsere Anzuhörenden. Das ist einmal Herr Daniel Knorr, Referent für Strategie und Regulierung bei der Firma DNS:NET Internet Service GmbH, sowie Herrn Alexander Vogler, Leiter Technik Niederlassung Ost bei der Deutschen Telekom Technik GmbH. Auf Vorschlag der Fraktion der CDU wurde außerdem um die Anwesenheit von Bezirksbürgermeister von Treptow-Köpenick Oliver Igel gebeten, um auch aus Bezirksperspektive über das Thema diskutieren zu können. – Ihnen allen ein herzliches Willkommen!

Für die Anhörung haben sowohl Herr Askar als auch Herr Vogler eine Präsentation vorbereitet. Ich darf feststellen, dass auch Sie alle mit der Liveübertragung und den Bild- und Tonaufnahmen der Presse einverstanden sind. – Ich sehe Kopfnicken. Wunderbar!

Besteht der Wunsch, ein Wortprotokoll anzufertigen? – Ich sehe Kopfnicken von der CDU-Fraktion. Dann bitte ich, das zu notieren, und wir kommen zur Begründung des Besprechungsbedarfs durch die Fraktion der CDU und hier Herr Abgeordneter Förster. – Sie haben das Wort.

Christopher Förster (CDU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, ich muss Ihnen nichts zur Bedeutung des Breitbandausbaus erzählen, wenn es auch um Themen wie Digitalisierung, Standortvorteile für Gewerbetreibende geht. Ich habe in der Vergangenheit immer mal wieder mit Unternehmern einen Austausch gehabt, die mir die Frage gestellt haben, ob ich denn wisse, inwiefern Gewerbegebiete an den Stadtrandgebieten mit Breitband versorgt werden. Dieses Wissen hatte ich zu der Zeit nicht, ich habe denen aber versprochen, dass wir das auf jeden Fall hier mal im Ausschuss thematisieren, weil das in der Tat für viele ganz wichtig ist, um am Standort wie andere Unternehmen, die in anderen Bundesländern tätig sind und dort vielleicht schon entsprechende Glasfaserkabel verlegt haben und einfach schneller sind als andere, nicht benachteiligt zu sein.

Ich habe auch immer wieder gehört, dass es eventuell auch um Abstimmungsprobleme senatsseitig mit Bezirken geht, denn wenn es am Ende um die Bauleistungen geht, wo Kabel in die Erde gelegt werden usw. müssen, sind SGÄ in den Bezirken betroffen. Auch da würde ich mich freuen, wenn wir hier heute einen Bericht darüber bekommen: Wie ist denn die Abstimmung senatsseitig mit den Bezirken?

Es freut mich sehr, dass wir hier auch Vertreter aus dem Telekommunikationsbereich dabein. Auch hier würde mich interessieren: Der Senat verfolgt ja die Strategie, dass das größtenteils privatwirtschaftlich ausgebaut wird hier im Land Berlin. Es gibt aber die Möglichkeit, wenn Marktversagen vorliegt, Fördermittel zu beantragen. Auch dahingehend würde ich heute gerne den Punkt in die Debatte aufnehmen. Sollte es in gewissen Gebieten doch nicht möglich sein, weil es nicht attraktiv ist, weil die Nachfrage aus Ihrer Sicht nicht groß genug ist, könnte es senatsseitig die Überlegung geben, beim Projektträger des Bundes entsprechende Förderanträge zu stellen, denn ich glaube, eine Großstadt wie Berlin sollte möglichst flächendeckend auch überall mit Breitband und Glasfaserkabeln versorgt sein. – So weit vielleicht zur Vorrede und alles Weitere dann im Rahmen der Anhörung! Danke erst mal!

Vorsitzender Christian Wolf: Vielen Dank, Herr Abgeordneter! – Wir verfahren so, dass wir die einleitenden Stellungnahmen erst des Senats hören, dann die Stellungnahmen von Herrn Knohr und Herrn Vogler und auch von Herrn Bezirksbürgermeister Igel und dass wir dann in die Aussprache mit den Abgeordneten gehen – für die, die jetzt noch nicht so vertraut sind mit dem Verfahren. Dann frage ich: Ist eine Stellungnahme des Senats gewünscht? – Frau Staatssekretärin?

Staatssekretärin Dr. Nicola Böcker-Giannini (SenInnDS): Ja, die Stellungnahme ist gewünscht, und ich würde an Herrn Askar weitergeben.

Vorsitzender Christian Wolf: Das können Sie gerne tun.

Sebastian Askar (SenWiEnBe; Leitung des Fachbereichs Digitalisierung, Informations- und Kommunikationstechnik (IKT) und digitale Infrastruktur, Open Data): Ich würde kurz zum aktuellen Stand der Umsetzung der Gigabitstrategie berichten.



Der Senat von Berlin hat im Juni 2021 die Gigabitstrategie beschlossen. Wir haben uns im Wesentlichen vier Ziele gesetzt, drei Ziele für den Bereich Glasfaserausbau und ein Ziel für den Bereich Mobilfunkausbau. Kurzfristig, haben wir gesagt, wollen wir, dass jeder Gigabitwunsch individuell, kurzfristig befriedigt werden kann. Wir haben im Moment acht Partner des marktgetriebenen Glasfaserausbaus in Berlin, sodass wir im Moment sagen können: Jeder, der kurzfristig einen individuellen Glasfaseranschluss braucht, kann dem Wunsch aufgrund der Vielzahl der beteiligten Partnerunternehmen befriedigt bekommen. Das heißt, wir

haben im Moment keine Kenntnis davon, dass es strukturell Probleme irgendwo gibt, da, wo der Bedarf besonders groß ist, einen Glasfaseranschluss zu bekommen, sodass wir im Moment dieses Ziel als betrachtet erfüllen.

Bericht zum aktuellen Stand der Gigabit-Strategie



Seite 2 Anhörung im Ausschuss für Digitalisierung und Datenschutz

19.10.2022



Dann haben wir ein Mittelfristziel, dass wir sagen: Bis 2025 soll jeder Haushalt, jedes Unternehmen im Land Berlin über einen gigabitfähigen Anschluss verfügen. – Dazu zählen wir einerseits Glasfaser, auf der anderen Seite aber auch die sogenannten Koaxialkabelverbindungen. Das sind die, die Sie aus dem Kabelfernsehen kennen. Die gelten als gigabitfähig, und bis 2025 wollen wir das mit einbeziehen. 2030 wollen wir aber die bis heute immer noch als grenzenlos bekannte Technologie Glasfaser im Land Berlin flächendeckend zur Verfügung haben.

Im Bereich Mobilfunk haben wir gesagt, bis 2025 wollen wir im Land Berlin ein flächendeckendes 5-G-Netz haben. Ich hatte gesagt, dass wir das kurzfristige Ziel im Bereich Glasfaser im Moment erst mal als erfüllt betrachten. Das mittelfristige Ziel ist aus unserer Sicht greifbar. Wir stehen im Moment laut Kenntnis unserer Datenlagen – das ist, das muss man dazu sagen, mit leichten Unsicherheiten behaftet – bei deutlich über 90 Prozent gigabitfähiger Versorgung. Das heißt, wir müssen bis zum Jahr 2025 knapp 10 Prozent aufhören, und wir sind aufgrund der hohen Ausbausagen der Gigabitstrategiepartner optimistisch, dass das gelingen wird.

Langfristig, bis 2030, haben wir im Moment zumindest mehr Ausbausagen der Strategiepartner als wir im Land Berlin an Haushalten und Unternehmensstandorten zugrunde legen.

Man wird natürlich dann sehen müssen, wie man das ganze räumlich matcht. Da kann es am Ende sicherlich sein, dass da ein, zwei, drei Prozent übrig bleiben, und die würden wir dann zur Not, wenn es nicht anders geht, auch mit Förderung schließen. Aber man muss schon sagen, dass wir im Bundesvergleich auch mit der Strategie des marktgetriebenen Ausbaus unter den ersten waren, die zu so großen Anteilen auf den Markt setzen und das Thema Förderung absichtlich hintenanstellen.

Beim Thema Mobilfunk ist es so, dass wir schon heute über alle Versorger gerechnet – das muss man einschränkend dazusagen, am Ende haben wir im Moment drei Netze und im nächsten Jahr irgendwann auch mal vier Netze – bei 82 Prozent stehen. Wir haben allerdings im Bereich von 4 G in Berlin bereits die 100 Prozent erreicht, sodass wir optimistisch sind, dass wir das im Bereich 5 G, weil man da Teile der Infrastruktur auch gemeinsam nutzen kann, erreichen, aber da sind wir mit 82 Prozent Abdeckung übers Land schon sehr weit, auch im Vergleich zu anderen Städten. Insofern haben wir jetzt erst mal für uns auch nach ungefähr einem Jahr Gigabitstrategie konstituiert, dass die Gigabitstrategie erst mal wirkt, dass die Strategie des marktgetriebenen Ausbaus aus unserer Sicht die richtige ist und dass der Ausbau bereits heute spürbar Fahrt aufnimmt. Aber wir haben noch einen langen Weg vor uns. Es ist kein Selbstläufer, und, ich meine, auf der einen Seite sagen wir bis 2025, wir haben jetzt schon 90 Prozent gigabitfähig, allerdings muss man ehrlich sein: Der Glasfaseranteil daran ist relativ gering. Das liegt im Wesentlichen daran, dass Berlin einen guten Ausbaustatus von den sogenannten Koaxialnetzen hat. Bis 2030 müssen wir schon noch 80, 85 oder 90 Prozent dieser Stadt einmal anfassen, um Koaxial durch Glasfaser zu ersetzen. Insofern liegt dann doch bis 2030 erheblich was vor uns.

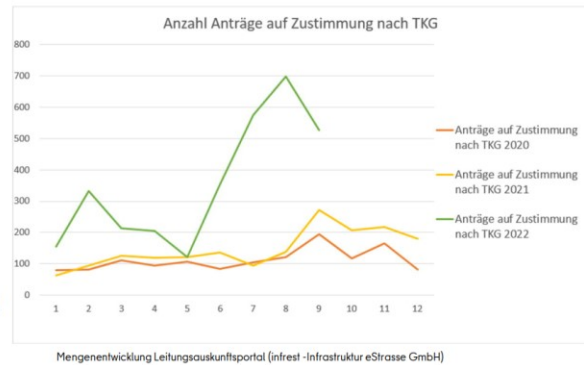
Das Ganze ist im Moment aus unserer Sicht durch Ausbauzusagen der Strategiepartner gesetzt, allerdings ist das eine das, was man sich vornimmt, und das andere, dass tatsächlich das Kabel auch unter der Erde liegt. Das ist nicht immer so ganz trivial. Aber wir haben über die Gremien der Gigabitstrategie, den Lenkungskreis und die darunterliegenden Arbeitskreise zumindest gute Strukturen, in denen wir regelmäßig zusammensitzen, in denen wir uns austauschen, in denen wir Probleme besprechen und aus dem Weg räumen können, und wir glauben, dass wir, solange wir miteinander in Kommunikation bleiben, eine gute Chance und gute Strukturen haben, um die Probleme zu lösen.

Was ich Ihnen hier mitgebracht habe, ist eine Grafik – das ist das, was sozusagen im Ausbau vorgelagert ist, nämlich die Anträge. Sie brauchen für den Ausbau zwei Formen von Anträgen. Das eine ist die sogenannte Sondernutzung des öffentlichen Raumes, sprich die Genehmigung, dass Sie in den öffentlichen Raum auch Ihr Kabel legen dürfen, und das zweite sind die verkehrsrechtlichen Anordnungen für die Durchführung und die Einrichtung der Baustelle. Die Anträge sind dem Ausbau logischerweise vorgelagert, und ich habe Ihnen hier eine Grafik mitgebracht, wo Sie in Grün den Ausschlag sehen, wie stark die Anträge im Jahr 2022 zugenommen haben. Wie gesagt, das ist dem Ausbau vorgelagert. Insofern muss man sagen, dass wir alleine hier schon über eine Verfünf-, Versechs-, im Einzelfall auch Versiebenfachung, im Extremfall, von Anträgen liegen. Das Ganze wird sich allerdings in den nächsten Jahren noch verschärfen. Es ist so, dass viele Unternehmen dieses Jahr den Ausbau hochfahren, aber nicht einen Maximalstand erreichen werden, sondern die größten Zahlen im nächsten und übernächsten Jahr geplant haben, teilweise auch durchziehen bis 2030. Insofern sieht man schon, was da auf uns zurollt.

Was erwartet uns in den kommenden Jahren?


Anzahl der Anträge auf Zustimmung nach TKG ist nur ein Indikator, aber er zeigt bereits heute, was uns erwartet:

- „100 % Glasfaser“ bedeutet Vervielfachung des derzeitigen Ausbauvolumens
- Weit erhöhtes Antragsaufkommen erfordert effiziente Genehmigungsprozesse + Ressourcenaufwuchs
- Erhöhte Bauaktivitäten im ganzen Stadtgebiet belasten Bürgerinnen & Bürger und Infrastrukturen
- **Herausforderungen kommen auf uns zu - egal ob wir vorbereitet sind oder nicht**



Man muss dann auch sehen, wie man in der Verwaltung damit umgeht, denn die Anträge müssen in irgendeiner Weise bearbeitet und beschieden werden. Wir haben uns eine Reihe Maßnahmen überlegt, wie man das Ganze in den Griff bekommen an, aber da sind wir noch auf dem Weg und noch nicht am Ziel.

Welche Herausforderungen liegen vor uns?




Effiziente Gestaltung der Genehmigungsverfahren

Übergeordnetes Ziel: Verlässliche Genehmigungslaufzeiten

Dazu braucht es Maßnahmen zur...

- Entwicklung verbindlicher Soll-Prozesse
- Standardisierung über Bezirksgrenzen hinaus
- Deckung des Ressourcenbedarfs

Seite 4 Anhörng im Ausschuss für Digitalisierung und Datenschutz19.10.2022 

Das bedeutet, dass wir mit den Genehmigungsprozessen im Moment das größte Nadelöhr in der Umsetzung der Gigabitstrategie haben. Wir wollen das Ganze im Wesentlichen über drei Maßnahmen gewuppt bekommen. Die eine ist, dass wir das Genehmigungsverfahren noch einen kleinen Zacken effizienter gestalten wollen. Wir sind als Land Berlin das erste Bundesland, das – das ganze Thema – ende-zu-ende-digitalisiert Anträge entgegennehmen und auch bearbeiten kann. Da sind wir auch weit vor dem OZG-Prozess. Das System muss weiter angepasst werden, weil es nicht ganz einfach ist, diese großen Mengen zu verarbeiten, um deren Steigerung es jetzt geht. Aber im Grundsatz haben wir ein digitales System, und wir versuchen, über Prozessoptimierungen, die Genehmigungsverfahren effizienter zu gestalten. Dazu gehört auf der einen Seite, dass wir für die Antragsteller einen Leitfaden zur Steigerung der Antragsqualität entwickelt haben, basierend auf der These, dass qualitativ höherwertige Anträge leichter und schneller zu bearbeiten sind. Auf der anderen Seite sind wir jetzt gerade dabei, mit den Bezirken verbindliche Soll-Prozesse zu entwickeln, sodass wir bei der Antragsbearbeitung zwischen den Bezirken mehr Homogenität erreichen. Das Ziel ist, dass wir verlässlichere Genehmigungslaufzeiten haben.

Das zweite Thema ist, dass wir versuchen, Synergien beim Ausbau zu fördern. Wir werden in den nächsten Monaten ein Modell entwickeln, wo wir die Synergien zwischen den Infrastruk-

turträgern noch ein bisschen stärken wollen. Bei Strom, Wasser, Fernwärme, Gas ist man auch mit dem Netzausbau oder der Modernisierung des Netzes beschäftigt. Unser Ziel ist, dass zumindest dort, wo es sich andeutet, Modelle entwickelt werden, wie man kooperieren kann. In der Theorie hört sich das deutlich trivialer, einfacher und auch logischer an, als es am Ende in der Praxis wirklich möglich ist, aber wir glauben, dass daran kein Weg vorbeiführt, weil wir nicht wollen, dass innerhalb von ein, zwei Jahren derselbe Gehweg zweimal aufgerissen wird. Wenn wir so schon 90 Prozent der Stadt anfassen müssen, ist es schwer zu vermitteln, wenn die Straßen innerhalb von kurzen Zeiträumen zwei- oder dreimal aufgerissen werden. Aber es gilt, belastbare Modelle zu entwickeln, weil es in der Realität tatsächlich nicht ganz trivial ist.

Das Dritte ist, dass es ohne mehr Personal in den Bezirken nicht funktionieren wird. Sie können eine Verfünf-, Versechs-, Versiebenfachung des Antragsvolumens nicht durch Effizienzen oder ein paar wenige Anträge durch Kooperationen ausschwitzen. Insofern sind wir da noch in Verhandlungen, können, offen gesagt, immer jede Unterstützung gebrauchen, aber ohne einen Personalaufwuchs in den Bezirken wird es sehr sicher nicht funktionieren.

Was liegt vor uns? – Auf der einen Seite müssen wir für die Modelle, um Anträge zu vermeiden, sprich, damit unterschiedliche Infrastrukturpartner beim Ausbau kooperieren, Systematiken und Rahmenbedingungen entwickeln und so zu einer Reduzierung kommen. Wir müssen aber auch das Personal in den Bezirken stärken.

Welche Herausforderungen liegen vor uns?

Um die Ziele der Gigabit-Strategie zu erreichen sollten Belastung für Bürger:innen und Aufwände in der Verwaltung möglichst gering sein

Anträge vermeiden

- Ermöglichung der antragslosen Durchführung von Kleinbaustellen

Ausbaumaßnahmen reduzieren

- Mitnutzung (bestehender Infrastrukturen)
- Mitverlegung (Baustellenkoordination)



Was haben wir bisher gemeinsam erreicht?



- Innerhalb der Arbeitsgremien hat sich ein konstruktives und vertrauensvolles Klima entwickelt - trotz Differenzen und Wettbewerb.
- Zur Beschleunigung des Glasfaser- sowie des 5G-Mobilfunkausbaus wurden Handreichungen und Musterverträge als Hilfestellung entwickelt.
- Ausbauhemmnisse werden in Veranstaltungen zielgruppenspezifisch adressiert.
- Ein landeseigenes Instrument zum Monitoring der Fortschritte wurde entwickelt.

Was haben wir schon erreicht? – Ich sprach davon: Wir haben Lenkungs- und Arbeitskreise, in denen wir zusammensitzen und uns mit den anderen beteiligten Fachverwaltungen, den Bezirken zusammen und den ausbauenden Unternehmen regelmäßig austauschen und unterschiedliche Themen vornehmen. Wir haben auf der einen Seite diese Handreichung zur Steigerung der Antragsqualität entwickelt als Empfehlung an die TKU, wie aus Sicht der Bezirke eine Bearbeitung der Anträge schneller vonstattengehen kann. Wir haben uns ein System überlegt, wie wir unsere Erfolge messen und wie wir Erfolge monitoren wollen. Wir haben auch noch mal gesagt, dass wir zur Steigerung der Kommunikation in den Bezirken einen Runden Tisch zum Ausbau einrichten wollen, wo dann die Akteure, die TKU und die Bezirke gezielt bezirksweise zusammenkommen und die Herausforderungen des nächsten Jahres besprechen.

Im Bereich Mobilfunk haben wir auch einiges unternommen. Da haben wir natürlich immer mal wieder große Themen bei einzelnen Standorten, was den Emissionsschutz angeht, wobei der Emissionsschutz an sich nicht das Thema ist, da ist alles in Ordnung, aber die Vorbehalte in der Bevölkerung gegenüber Mobilfunkstrahlung sind hier und da doch eine erhebliche Herausforderung. Wir haben allgemeine Informationsmaterialien dazu erstellt, die wir breit öffentlich zugänglich machen. Wir haben eigene Emissionsmessungen von einem unabhängigen Wissenschaftler beauftragt, um größtmögliche Transparenz und Glaubwürdigkeit zu haben, um nachzuweisen, wie stark Grenzwerte ausgelastet werden oder eben auch nicht und wie sich das mit der Strahlung konkret verhält, um mehr faktenbasiert in die Diskussion gehen zu können. Es gibt hier und da immer wieder Einzelfälle, wo wir informiert werden, wo es vor Ort Vorbehalte gibt, wo wir versuchen, möglichst frühzeitig und mit möglichst objektiven

Informationen aufzuklären und zumindest eine sachliche Diskussion herbeizuführen, die nicht so von Ängsten und Vorbehalten getrieben ist, wie es leider Gottes sehr häufig der Fall ist. Man muss ganz klar dazu sagen: Wenn auch da das Prinzip gilt: Mobilfunk ist wichtig, aber die Antenne darf nicht auf mein Dach –, dann wird es in einem Ballungsraum ein bisschen schwierig. Insofern werbe ich dafür, dass wir in dem Bereich alle weiter gut zusammenarbeiten. Wir haben eine Menge an objektiven Fakten zusammengetragen, die jederzeit verwendet werden können, die auch veröffentlicht sind.

Dann sind wir so ein paar Themen angegangen: Wir haben auf der einen Seite ein Mietzinsmodell entwickelt, was dem Land Berlin und auch den Unternehmen des Landes Berlin Sicherheit geben soll, was ein angemessener Mietzins für einen Mobilfunkstandort sein könnte im Spannungsfeld zwischen der Einnahmeposition des Landes Berlin auf der einen Seite, aber auf der anderen Seite ist das Vorhandensein eines flächendeckenden, gut ausgebauten Netzes ein Standort- und Wirtschaftsfaktor. Um in dem Strahlungsfeld ein bisschen Sicherheit zu geben und Orientierung zu bieten, haben wir ein Mietzinsmodell und Mustermietverträge für solche Standorte entworfen, damit nicht jede Verwaltung oder auch jedes Unternehmen des Landes Berlin das Rad an der Stelle neu erfinden und sich viel Arbeit für die Entwicklung von Vertragsmodellen machen muss. Insofern sind wir auch da auf einem guten Weg, aber man muss offen sagen, dass am Ende in Sachen Mobilfunk die letzten 5 Prozent immer die anstrengendsten, die teuersten und schwierigsten sind. Insofern kämpfen wir um jeden Standort, denn jeder nicht zu realisierende Standort –– Wir gehen jetzt davon aus, auch das waren früher Fragen, die mal aufkamen –– Das Land Berlin macht keine eigene Netzplanung, und wenn ein TKU uns sagt, dass es einen Standort benötigt, gehen wir aufgrund der damit verbundenen hohen Kosten davon aus, dass dieser Standort wirklich notwendig ist und nicht als Nice-to-have zu betrachten ist. Insofern kämpfen wir um jeden Standort, der realisiert werden soll, weil es für die Netzabdeckung sehr wichtig ist.

Dann hatten wir letzten Freitag Lenkungskreis, haben uns dann für das nächste halbe Jahr wieder eine Arbeitsplanung vorgenommen. Auf der einen Seite, hatte ich erwähnt, haben wir diese Handreichung zur Steigerung der Antragsqualität bereits abgeschlossen. Jetzt sind wir dabei, die Soll-Prozesse der Verwaltung anzupassen. Das Ganze muss natürlich mit der Handreichung harmonisieren, sodass wir am Ende von Antragsqualität über Antragsverarbeitung einen effizienteren Prozess haben, der das Bearbeiten von mehr Anträgen bei gleichen Ressourcen mit sich bringt als zuvor.

Wir haben ein Diskussionsforum zum Thema alternative Verlegemethoden eingerichtet. Es geistert immer so ein bisschen herum: Was ist mit Trenching? Was ist mit mindertiefer Verlegung? Könnten wir da eventuell mit weniger Aufwand mehr Glasfaser in der gleichen Zeit verlegen? – Das ist technisch nicht ganz trivial. Da gibt es teilweise viele Vorbehalte. Wir haben jetzt ein Diskussionsforum eingerichtet, um für mehr Sachlichkeit und mehr Fakten zu sorgen und für eine zielorientierte Diskussion.

Zu guter Letzt gibt es im Senat das Ansinnen, zu bestimmten Themen politische Vereinbarungen mit den Bezirken zu schließen, und wir haben ein Projekt gestartet, wo wir über die Bearbeitung der Anträge eine politische Vereinbarung mit den Bezirken schließen wollen, die dann aber nach unseren Vorstellungen auch vorsehen soll, und da sind wir gerade mitten im Prozess, dass in den Bezirken mehr Personal zur Umsetzung notwendig sein wird.

Nächste Schritte

- In den AGen wurden die Maßnahmen für die Zeit nach der Lenkungskreissitzung diskutiert und in Arbeitsplänen festgehalten.
- Ein Großteil der identifizierten Maßnahmen fußt auf bereits abgeschlossenen Meilensteinen.
- Die weiteren Maßnahmen werden als sinnvolle Ergänzungen zu den bereits entwickelten Arbeitsergebnissen gesehen.

Maßnahme	Oktober	November	Dezember	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli
Weiterentwicklung der Handreichung										
Weiterentwicklung des AVM Diskussionsforums										
Leitfaden Mitnutzung/ Mitverlegung										
Ausführungsvorschrift „Geringfügige, bauliche Maßnahmen“										
Entwicklung Konzept Jahresgespräche										
Regelungen Kleinzellenstandorte										
Informationsaustausch zu Mietverträgen										
Kriterien Bereitstellung Immobilien										
Rechtssicheres Handeln (JK1)										
Rahmenvertrag EHF-Messungen										
Unterstützung Denkmalschutz										

Wie wollen wir das Ganze monitoren? – Wir sind gerade dabei, einen Gigabitversorgungsmonitor aufzubauen. Wir haben die Unternehmen, die Strategiepartner, gebeten, uns Daten zu liefern. Wir sind noch nicht ganz fertig, weil wir noch auf die letzten ein oder zwei Datenlieferungen warten. Insofern präsentiere ich Ihnen kurz Bilder, wie das Ganze mal aussehen soll. Man kann im Gigabitversorgungsmonitor öffentlich unterschiedliche Ebenen sehen. Die kleinste Ebene, die man sehen kann, ist der LOR, der lebensweltlich orientierte Raum. Wir können, da die Netze der Unternehmen Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse sind, nicht in der straßengenauen Ansicht öffentlich gehen, sondern nur auf die komprimierte Ebene der lebensweltlich orientierten Räume, aber wir können dann, wenn wir alle Daten haben, sehr klar über die aktuelle Versorgungslage, über Ausbauplanungen, über die Versorgungsperspektive und damit auch über den Grad der Zielerreichung Auskunft geben. Wir intern können sehen, welche Straßen ausgebaut sind und welche nicht. Das ist für uns insofern besonders wichtig, als wir uns für 2030 ein Flächendeckungsziel gesetzt haben. Wir müssen natürlich wissen, welche Straße versorgt ist und welche Straße nicht versorgt ist, um mit den TKU am Ende darüber zu reden, wo ein Ausbau noch notwendig ist, oder im absoluten Worst Case auch gefördert auszubauen, wenn wir unser Ziel anders nicht erreichen.

Vorstellung des Gigabitversorgungsmonitors (GVM)



Seite 8 Anhörung im Ausschuss für Digitalisierung und Datenschutz

19.10.2022



Der Gigabitversorgungsmonitor visualisiert den Fortschritt auf dem Weg zur Gigabit-Hauptstadt Berlin



- ➔ Adressscharfe Abbildung (intern)
- ➔ Aktuelle Versorgungslage
- ➔ Ausbauplanungen
- ➔ Versorgungsperspektive
- ➔ Grad der Zielerreichung
- ➔ Ansicht auf Bezirks-, Ortsteil & LOR-Ebene

Seite 9 Anhörung im Ausschuss für Digitalisierung und Datenschutz

19.10.2022



Die Detailansicht zeigt auf LOR-Ebene konkrete Daten zur Gigabit- und Glasfaserversorgung



Die unterschiedlichen Schattierungen sind der Zielerreichungsgrad. Je dunkler es wird, desto höher ist die Versorgungsquote. Das Grüne ist die Gigabitversorgung inklusive der sogenannten Koaxialkabel.

Das Ganze hier noch mal dargestellt auf den lebensweltlich orientierten Raum, wo man dann wirklich in den Raum reingehen kann und die Quote angezeigt bekommt. Das Ganze gibt es in Blau für die reine Glasfaserversorgung, wo jetzt die Zahlen natürlich noch nicht ganz so hoch sind, aber wo wir Richtung 2030 in unserer Vorstellung immer mehr und irgendwann nur noch dunkelblau sehen werden. – Das war es erst mal von meiner Seite. Vielen Dank!

Vorsitzender Christian Wolf: Vielen Dank, Herr Askar! – Bevor wir zu den Unternehmern kommen, würde ich Herrn Brozio fragen, ob Sie von Ihrer Seite eine Stellungnahme haben.

Volker Brozio (BlnBDI; kommissarischer Leiter): Nein, ich habe dazu keine Anmerkungen und auch keine Stellungnahme. – Danke schön!

Vorsitzender Christian Wolf: Vielen Dank! – Dann fahren wir fort und kommen zu Herrn Daniel Knohr von der DNS:NET Internet Service GmbH. – Herr Knohr! Sie haben das Wort.

Daniel Knohr (DNS:NET Internet Service GmbH; Referent Strategie und Regulierung): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Das soll keine Werbeveranstaltung sein, aber erlauben Sie mir dennoch ein, zwei Worte zu unserem Unternehmen. Wir sind 1998 gegründet worden, setzen seit 2007 auf das Thema Glasfaserausbau und verstehen uns als regionales Unternehmen für Berlin und Brandenburg, als das freundliche Telekommunikationsunternehmen aus der Nachbarschaft, und wollen gemeinsam mit allen Akteuren den Glasfaserausbau noch weiter vorantreiben.

Wir verfügen bereits heute über mehrere Tausend Wohn- und Gewerbeeinheiten in Berlin. Wir planen, diese noch weiter auszubauen. Dafür stehen uns insgesamt 2,5 Milliarden Euro zur Verfügung, natürlich nicht nur für Berlin und Brandenburg, sondern insgesamt. Sie sehen allein an dieser Zahl, dass nicht nur wir als Telekommunikationsunternehmen über sehr viel Investitionsgeld verfügen. Der Markt hat sich gegenüber 2015, 2016 fortfolgend deutlich verändert. 2015, als das Förderprogramm des Bundes startete, hatten Telekommunikationsunternehmen nahezu null Euro Investitionsvolumen. Heute sprechen alle TK-Verbände über ein Gesamtinvest von mehr als 50 Milliarden Euro.

Wir wollen insbesondere in den Randlagen von Berlin ausbauen, weil wir ein Stück weit die Gefahr sehen, und das ist der erste Hinweis in der Runde, dass wir perspektivisch vielleicht in einigen Bezirken mehrere Glasfasernetze nebeneinander liegen haben, aber in anderen Bezirken kein einziges. Das ist verbunden mit einem Lob an die Senatsverwaltung für den Lenkungskreis, der das bisher sehr gut monitort und steuert, aber auch die Bitte an die Senatsverwaltung und Herrn Askar, das genauso weiterzumachen und dafür zu sorgen, dass wir nicht Parallelnetze bauen, denn das wäre ein Worst-Case-Szenario, das wir uns in keiner Stadt in Deutschland erlauben können.

Darüber hinaus ein ganz großes Lob an die Bezirke, stellvertretend an Herrn Igel als Bezirksbürgermeister von Treptow-Köpenick. Die Zusammenarbeit mit den einzelnen Bezirken funktioniert nach unserer Erfahrung sehr gut. Herr Vogler wird wahrscheinlich nichts anderes sagen können. Wir merken, dass das Thema Ressourcen eine Herausforderung ist und noch viel mehr wird, und haben dadurch, dass wir eigenes Invest in die Hand nehmen, den Wunsch, diese Ausbaugenehmigungen, die wir dort beantragen, sehr zügig zu bescheiden, sodass wir unserer Verpflichtung, die wir selbst eingegangen sind, mit dem Lenkungskreis und der Gigabitstrategie nachkommen können.

Darüber hinaus gibt es durchaus die eine oder andere Herausforderung. Das ist zum einen die Herausforderung der Daten, die wir deutschlandweit immer wieder als Problem erkennen. Das fängt an bei der Aktualität von Haushaltsdaten, die es mitunter schwermachen, genaue

Gebiete festzulegen, zu bauen, und während der Bauphase kommt noch jemand und sagt: Mensch, ich wohne hier auch. Bitte, berücksichtigt mich auch. – Das ist zum einen die Herausforderung. Zum anderen haben wir beim Thema Daten die Herausforderung zu erfahren, welche Dinge bereits im Boden liegen. Wir stellen während des Ausbaus, wenn man die Straße öffnet und davorsteht, immer wieder fest, dass alle Medien bereits genutzt sind, die Straße voll ist und man kein Glasfaserkabel und keinen Rohrverband mehr reinlegen kann. Auch das ist ein ganz großes Thema, was immer wieder dazu führt, dass es Änderungen bei laufenden Ausbauten gibt, die für Zeitverzögerungen und Unmut auf allen Ebenen sorgen. Das ist etwas, wo wir hoffen, dass man dieses Thema noch ein bisschen detaillierter angehen kann.

Abschließend wollen wir dieses Thema Glasfaserausbau bis 2030 als regionales Unternehmen sehr gern weiter mit vorantreiben und hoffen auf eine ganz große Unterstützung von allen Beteiligten, denn das, was wir hier machen, ist eigenwirtschaftlicher Ausbau. Den wollen wir machen. Dafür müssen aber die Rahmenbedingungen tatsächlich so sein, dass es wirklich gut funktioniert. Bisher ist das so. Wir hoffen, dass es so bleibt. – Damit will ich das auch schon beenden und freue mich auf Ihre Nachfragen. – Vielen Dank!

Vorsitzender Christian Wolf: Vielen Dank, Herr Knohr, auch für die Kürze! Dann haben wir als Abgeordnete mehr Möglichkeiten zu fragen und können vielleicht sogar eine zweite Fragerunde machen. – Der Nächste für eine Stellungnahme ist Herr Vogler von der Deutschen Telekom Technik GmbH. – Herr Vogler! Sie haben das Wort.

Alexander Vogler (Deutsche Telekom Technik GmbH; Leiter Technik NL Ost): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Liebe Abgeordnete! Vielen Dank, dass ich hier sein darf!

T GLASFASER
Schnell. Stabil. Zukunftssicher.

in Berlin

Ausschuss für Digitalisierung und Datenschutz
des Abgeordnetenhauses von Berlin
19.10.2022

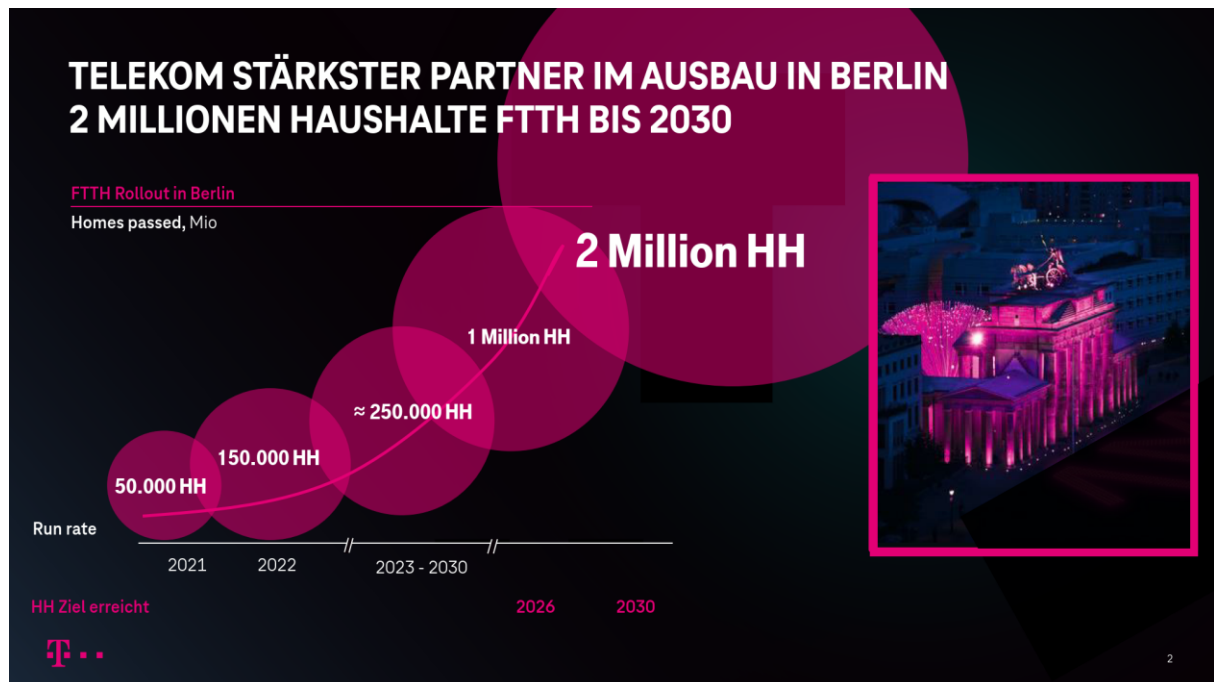
**Stand des Breitbandausbaus
in Berlin**

Alexander Volger – Niederlassungsleiter
Technik Niederlassung Ost
Fiber Factory
Deutsche Telekom AG

Ich bin der Technikchef der Deutschen Telekom für ganz Ostdeutschland, also die Stadt Berlin und die fünf Bundesländern außenrum. Das heißt, ich habe für sechs Bundesländer in Deutschland die Verantwortung, und Sie hören es am Dialekt: Der Mann kommt aus Franken

oder aus Bayern. Auch da habe ich gute Einblicke. Von daher decke ich schon mal weite Teile Deutschlands ab und kann einen guten Vergleich ziehen.

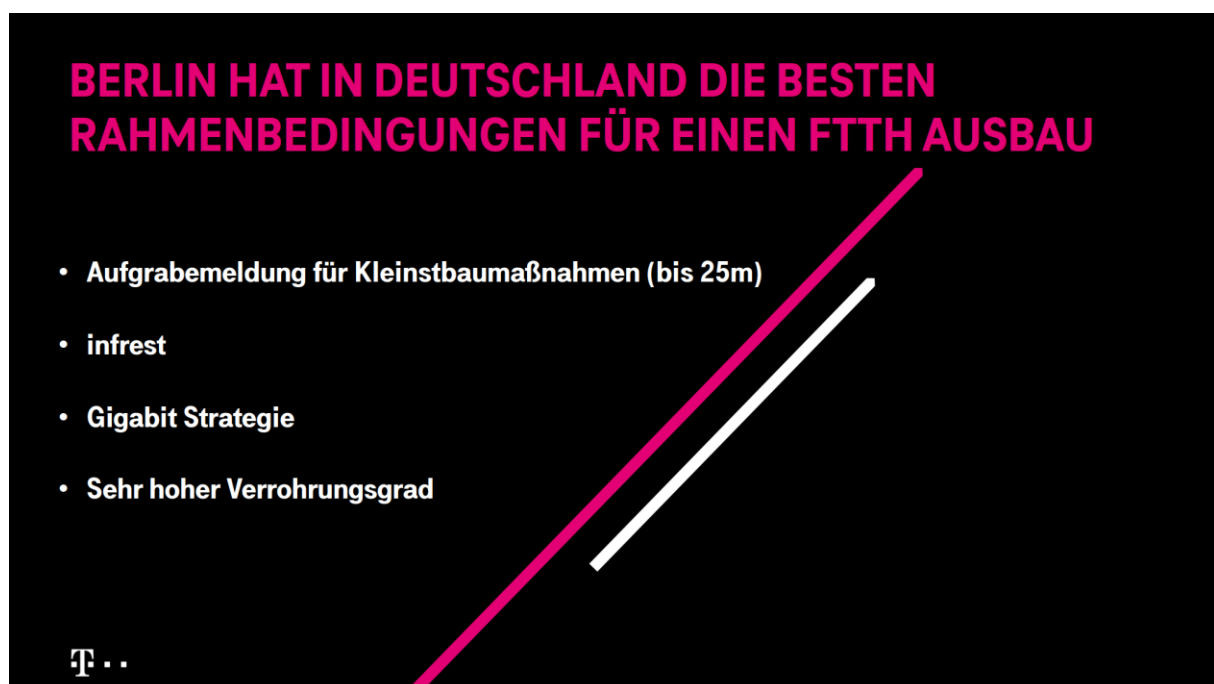
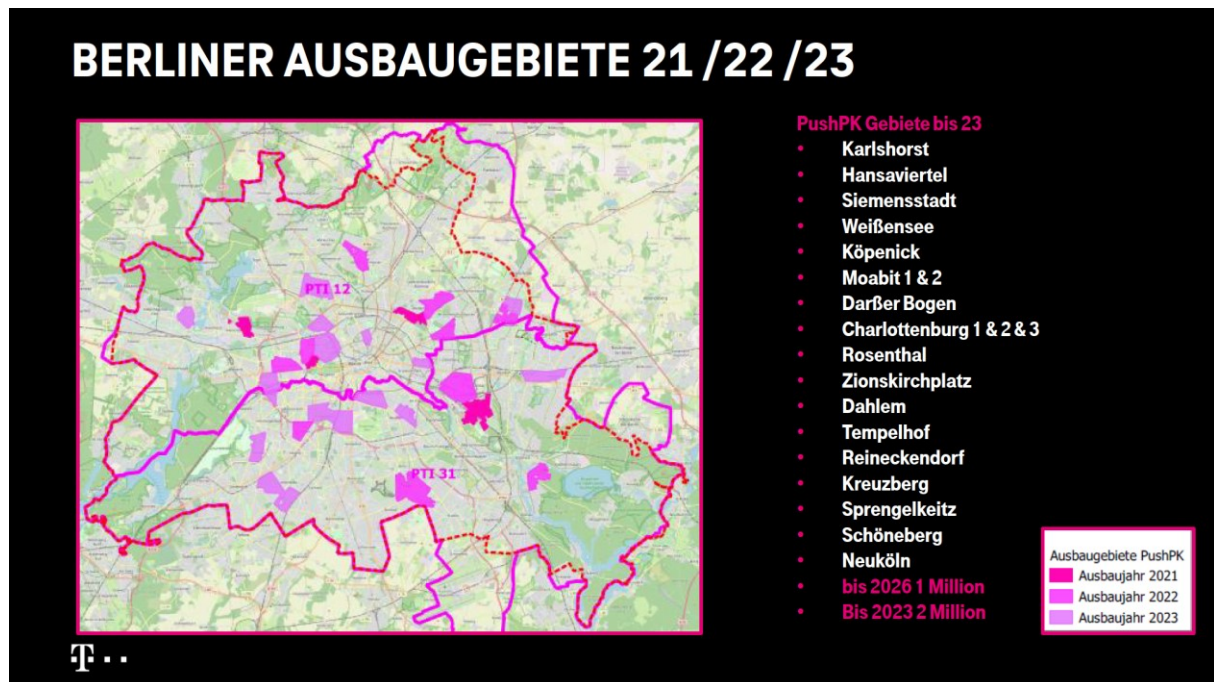
Was tut die Deutsche Telekom? – Wir haben im März 2021 der Stadt Berlin, dem Land Berlin, die Zusage gemacht, 1 Million Haushalte eigenwirtschaftlich auszubauen. Wir haben im Frühjahr dieses Jahres diese Ausbauzusage auf 2 Millionen erhöht. Nach unseren Statistiken haben wir als Telekom in Berlin 2,2 Millionen Haushalte. 2 Millionen liegen Ihnen schon mal als Eigenausbauzusage vor.



Wir kündigen aber nicht nur an, sondern wir bauen auch. Wir haben in 2021 mit 50 000 Haushalten begonnen. Wir haben es dieses Jahr auf 150 000 Haushalte verdreifacht. Das werden wir auch am Ende abliefern. Wir sind sehr weit fortgeschritten. Wir haben Mitte Oktober. Wir werden die Zahl am Jahresende erreichen, vielleicht sogar ganz knapp darüberliegen, und wir planen für nächstes Jahr und die Jahre darauf zwischen 250 000 und 300 000 Haushalte pro Jahr auszubauen, also noch mal eine Verdopplung von dem, was die Telekom tut und eine Versechsfachung von dem, was seit 2021 passiert ist. Herr Askar hat es in seinen Statistiken vorhin gezeigt. Das ist das, was auf das Land Berlin, auf die Bezirke zukommt, weil Herr Askar richtig gesagt hat: Irgendwo müssen wir an jedes Haus heran. – Wir verfügen zwar als Deutsche Telekom über gigantische Leerrohranlagen in Berlin, die im Laufe der letzten Jahre und Jahrzehnte gebaut wurden, aber der finale Stich in die Häuser rein, ist trotzdem immer Tiefbau.

Hier haben Sie kurz einen Überblick über die Jahre 2021, 2022 und 2023, was wir ausbauen, und Sie sehen auch hier: Wir bauen nicht nur irgendwo in der Stadtmitte aus – wo sind große Häuser, wo können wir ausbauen? –, sondern wir bauen genauso in den Bezirken aus, wir versuchen es möglichst breit über das Land Berlin, über die Stadt zu streuen, weil wir dann die Mengenauswirkung pro Bezirk geringer halten und damit natürlich die Belastung für die

Bezirke möglichst verteilt wird und wir nicht alles auf einen Bezirk abladen, der dann logischerweise diese Mengen überhaupt nicht mehr schaffen kann.



Was funktioniert gut? – Nehmen Sie vielleicht mal mit, liebe Abgeordnete: Von außen wird häufig gesagt, und das geht mir auch so, wenn ich in Bonn bin: Oh, Berlin, Berlin! – Jeder hat immer den Flughafen im Kopf. Ich möchte Ihnen einfach mal ein ganz großes Lob aussprechen: Die Stadt Berlin ist für uns im Breitbandausbau ein superengagierter Partner, hochdigitalisiert. Während ich in anderen Städten manchmal noch das Gefühl habe, die Anträge in Sandstein zu meißeln, kann ich sie in Berlin digital einreichen, und zwar flächendeckend.

Nehmen Sie das einfach mal mit, denn ich bin jemand, der ganz ehrlich darauf schaut, und dann darf man das auch sagen, wenn es wo sehr gut funktioniert. Lassen Sie uns das weitermachen!

Wir haben Aufgrabungsgenehmigungen für Kleinstmaßnahmen, wo wir ohne große Verwaltungsmaßnahmen aufgraben können. Auch das sorgt dafür, dass die Bezirke mit weniger Anträgen und weniger Arbeit belastet werden.

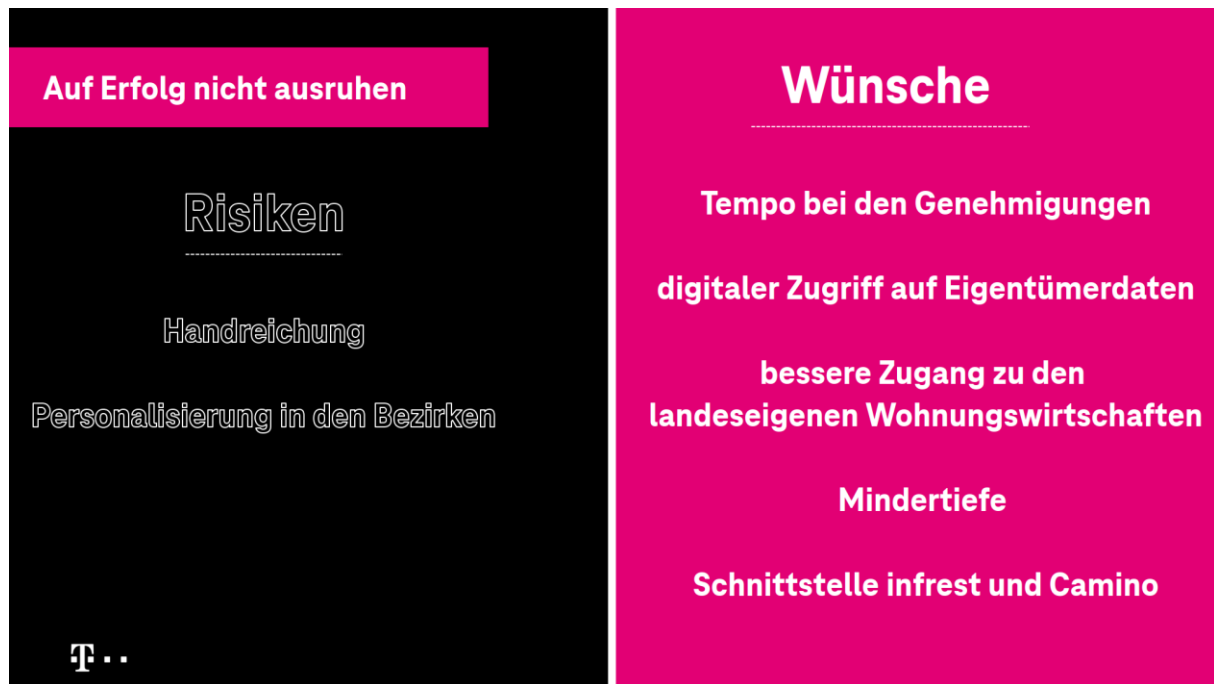
Wir haben eine gemeinsame Gigabitstrategie. Da ist die Deutsche Telekom sehr gern dabei. Wir bauen nicht nur Glasfaser aus, wir bauen auch Mobilfunk aus. Ich habe es vorhin schon erwähnt: Wir haben einen sehr hohen Verrohungsgrad. Das Land oder die Stadt Berlin hat mit Abstand den größten Verrohungsgrad bei der Deutschen Telekom im ganzen Bund. Damit Sie auch mal ein Gefühl bekommen: Die Mengen, die wir in Berlin ausbauen, sind ungefähr 10 Prozent unserer Mengen, die die Telekom in Deutschland ausbaut. Also, Berlin ist für mich sehr wichtig, und es funktioniert auch sehr gut. Vielen Dank an der Stelle schon mal!

Auf was müssen wir aufpassen, und was habe ich für Wünsche dabei? – Ich sage immer zu Herrn Askar: Wir müssen aufpassen. Die Handreichung ist gut, aber sie darf nicht dazu führen, dass wir das Verfahren verkomplizieren. Wir haben heute ein wirklich gutes, einfaches Verfahren in Berlin. Wir dürfen es auf keinen Fall verkomplizieren, denn das werden die Bezirke nicht mehr schaffen.

Herr Askar! Sie haben es auch angesprochen, Herr Igel war auch am Freitag dabei: Sie werden um eine Personalisierung in den Bezirken nicht umhinkommen. Die Deutsche Telekom wird ihr Personal im Bereich Technik bis Juni nächsten Jahres um über 1 000 Kräfte aufstocken. Dazu kommen noch Firmen, die uns unterstützen. Wir werden irgendwann bei einer Größenordnung sein, 2 000 Menschen mehr, und das sind für uns in der Technik 10 Prozent mehr, die wir an Bord nehmen. Wenn Sie in den Bezirken nichts tun, wird es ein ziemlich ungleiches Spiel. Damit Sie auch mal merken: Ich habe selbst in Berlin fast 700 eigene Beschäftigte. Die stocke ich jetzt deutlich auf. Dazu kommen meine Firmen. Wenn Sie nur die Telekom nehmen, Herr Knohr und andere Firmen sind auch da, dann reden wir über gigantische Mengen, die in der Stadt Berlin diesen Breitbandausbau vorantreiben, was übrigens auch nötig ist. Ich glaube, wir wollen alle 2030 erreichen, und es ist auch möglich. Da bin ich komplett bei Herrn Askar.

Was habe ich für Wünsche? – Ich glaube, bei vielen Unternehmen sind es die gleichen Wünsche: Wir brauchen Tempo bei den Genehmigungen. Man kann sich hier schon anschauen, dass es Unterschiede in den Bezirken gibt. Wenn ich mir in diesem Jahr den Ausbau anschau: Lichtenberg ist spitze, Marzahn ist spitze, läuft sehr gut. – Herr Askar! Vorletzte Woche war der Besuch in Pankow. Wenn man sich anschaut, dass dort unsere Anträge seit März liegen – jetzt ist Oktober, es sind knapp sieben Monate –, und eine Bearbeiterin, die dann auch mal krank war, das kann auch passieren, ganz normal, trifft auf die geballte Antragswelle der Deutschen Telekom oder anderer Carrier: Das wird zu Problemen führen. – Bitte immer darauf schauen. Das Entscheidende ist am Anfang das Tempo bei den Genehmigungen. Herr Askar! Sie haben den zweistufigen Prozess aufgezeigt. Am Ende wird eines passieren: Die Carrier werden Mengen einreichen, und dann wird nach Telekommunikationsgesetz nach drei Monaten die Fiktion eintreten, und dann können Sie überhaupt nichts mehr an den Ausbau

vorhaben ändern, und ich glaube, das ist null unser aller Ziel, sondern wir müssen das miteinander durch die Tür kriegen, damit der Ausbau gut läuft.



Wir wünschen uns wie in anderen Bundesländern den digitalen Zugriff auf die Eigentümerdaten. Damit Sie ein Gefühl davon bekommen: Nach TKG könnte jeder von uns, der ausbaut, auch Herr Knohr, einfach in ein Haus bauen. Mir fehlt allerdings als Bürger der Glaube, wie das funktionieren soll, dass ich einfach bei jemandem ins Haus baue, denn wenn ich in seinem Keller ein Loch bohre, muss ich sein Grundstück betreten, ich muss in das Haus rein, und ich weiß nicht, ob wir mit den Marines kommen und die Tür einrammen sollen. Wir möchten mit dem Eigentümer ausbauen, und aktuell laufen wir wirklich mit Menschen durch die Straßen der Stadt Berlin, fotografieren uns bei Hausverwaltungen die Anhänge in den Häusern ab, hängen Zettel aus, versuchen, die Eigentümer herauszufinden. So richtig schnell geht das nicht, und in anderen Bundesländern drücke ich auf den Knopf und habe die Eigentümerdaten, denn ich glaube, so steht es im Gesetz, wir haben als Carrier durchaus ein berechtigtes Interesse, nicht nur die Telekom, sondern alle, dass wir an die Daten kommen. Herr Askar hat es dankenswerter Weise schon mitgenommen, dass wir hier eine Verbesserung bekommen.

Dann sage ich auch: Berlin hat eine große Menge an Wohnungswirtschaften, und was aktuell passiert, ist: Die Deutsche Telekom baut logischerweise straßenweise oder große Bereiche aus, und wir legen für alle Häuser, für alle Rückgebäude, für alles, Vorräte an Röhren und Glasfaser in den Gehweg, aber wir haben gerade bei den landeseigenen Wohnungswirtschaften eine extrem große Zurückhaltung – ich sage das deutlich –, uns die Genehmigungen zu geben, in die Häuser zu kommen. Das heißt, der Bagger fährt vorbei. Das Glasfaser liegt im Gehweg, und entweder kriege ich dann die Genehmigung von der Wohnungswirtschaft in einem Jahr, oder es passiert das, was gerade in anderen Ländern passiert: Man geht ins Klageverfahren und klagt sich ein. Das Ergebnis ist aber immer das gleiche: Wir graben den Gehweg wieder auf. Das heißt, wir belasten wieder die Ämter, wir belasten wieder die Bürger, indem wieder der Bagger kommt und die Gehwege aufgräbt. Ich glaube, das sollten wir

vermeiden. Wenn jemand ein Gebiet ausbaut, dann sollte er die Glasfaser auch in alle Häuser reinlegen. Herr Knohr hat es gesagt: Ich glaube, es wird nicht passieren, dass so richtig viele Netze parallel gebaut werden. Das heißt, er wird irgendwann mein Netz benutzen, und ich werde seines benutzen. Dann ist es natürlich clever, wenn das jeweilige Netz bis in das Haus reingeht.

Dann noch ein Thema, das wir schon im Piloten vorgeführt haben: Das ist das Thema Mindertiefe. Herr Askar! Sie hatten es auch erwähnt. Das ist im TKG seit letztem Jahr Bestandteil. Wir sind gerade in Vorführungen, dass wir es auch umsetzen können. Dabei geht es nicht darum, weil manchmal auch Ängste herrschen: Die kommen hier mit einer Trenching-Maschine und fahren den Gehweg entlang, reißen alle historischen Gehwegplatten kaputt. – Das sind immer Ängste, wenn ich mir das in der Stadt Dresden, wo ich sitze und wohne, anschau: Die fahren hier durch meine 300 oder 400 Jahre alten Granitplatten durch. – Das macht natürlich kein Mensch, sondern man nimmt die Oberfläche vorher herunter und fährt dann mit der Maschine entlang. Oder wir reden über Asphalt, der nicht denkmalgeschützt und nicht alt ist, und durch den kann man sehr wohl durchfahren. Aber in einer Stadt Berlin ist unser Hauptthema nicht, Trenching anzuwenden, weil Sie viel zu viele Gehwege, Kreuzungen und Sachen haben, sondern da baggert man mit dem Bagger in Mindertiefe, aber ein Bagger ist bei einem 15 Zentimeter breiten und 45 Zentimeter tiefen Graben erheblich schneller als bei einem 30 Zentimeter mal 60 Zentimeter Graben, denn wir reden über die Hälfte an Aushubmaterial. Das heißt natürlich auch: Es geht schneller. Logisch ist es ein Kostenthema, aber auch die Belastung für die Bürgerinnen und Bürger ist geringer, denn so ein Graben ist auf und im Regelfall sehr schnell wieder zu, am selben oder am nächsten Tag. Damit können die Bürger ganz normal in ihre Häuser gehen. Bei einem 15-Zentimeter-Graben ist es auch häufig noch möglich, dass ich den als Fußgänger sehr einfach überschreiten kann.

Das letzte Thema: Wir sind gerade dabei, die Digitalisierung der Stadt Berlin, die Infrest oder das Programm, die Anwendung, mit unserem Telekomprogramm Camino zu verbinden. Dann werden wir in der Digitalisierung aus unserer Sicht noch einen Schritt weiterkommen. Da sind wir dabei. Da werden wir hinkommen.

In Summe kann ich nur noch mal sagen: Vielen Dank an Sie alle, an das Land Berlin, an die Bezirke! Es läuft wirklich sehr gut, und wir müssen jetzt an den Schrauben drehen, die uns für die nächsten Jahre ermöglichen, diese großen Mengen auszubauen, und dann sehe ich keine Probleme, in Berlin bis 2030 – aus meiner Sicht wird es sogar bei dem Tempo, das wir aktuell aufnehmen, ein, zwei Jahre vorher passieren – den Ausbau von Berlin mit Glasfaser erreicht zu haben. – Vielen Dank!



Vorsitzender Christian Wolf: Vielen Dank, Herr Vogler! – Vielleicht haben Sie die Möglichkeit, die Präsentation im Nachgang den Ausschussmitgliedern zukommen zu lassen, dass wir alles haben, was Sie heute präsentiert haben. – Vielen lieben Dank!

Dann kommen wir zum letzten Anzuhörenden, Herrn Bezirksbürgermeister Igel. – Sie haben das Wort.

Bezirksbürgermeister Oliver Igel (BA Treptow-Köpenick): Vielen herzlichen Dank, Herr Vorsitzender! – Meine Damen und Herren! Erst mal herzlichen Dank für die Einladung und die Möglichkeit, hier auch die bezirkliche Perspektive, die in dem Zusammenhang nicht ganz unwesentlich ist, einzubringen.

Wir auf der bezirklichen Ebene haben ebenfalls ein großes Interesse, den Glasfaserausbau zu forcieren und gemeinsam diese Gigabitstrategie des Landes zum Erfolg zu führen. Meine Vorredner haben bereits dargestellt, welche Herausforderungen dabei zu bewältigen sind. Naturgemäß werde ich hier allein die bezirkliche Perspektive bespielen und mich auf das Thema Personal konzentrieren.

Zunächst ein paar Zahlen: Wir haben geschaut, was eigentlich an Antragszahlen in der Vergangenheit vorhanden war. Im Jahr 2021 wurden 1 315 Anträge nach dem Telekommunikationsgesetz in den Bezirken insgesamt gestellt. Wir sind mit Stand gestern bereits für das Jahr 2022 bei 3 340 Anträgen. Die Ausbauzahlen, die von den Unternehmen genannt wurden, sind gewaltig. Das spiegelt sich zum Teil, aber eben nur zum Teil, in diesen Antragszahlen wider. Wir rechnen in den Bezirken damit, dass in den kommenden Jahren Jahr für Jahr bis 2030 eine Verdrei- bis Verfünffachung der Antragszahlen gegenüber dem Stand von 2021 zu verzeichnen sein wird. Das bedeutet, dass diese Antragsflut in der Tat von den Kolleginnen und Kollegen in den Straßen- und Grünflächenämtern bearbeitet werden soll und darf. Die Kolleginnen und Kollegen in den Straßen- und Grünflächenämtern wollen, das ist ihr Ziel, auch besser sein als das, was Herr Vogler gerade gesagt hat, was im Telekommunikationsgesetz steht, nämlich, dass nach drei Monaten die Antragsfiktion eintritt, und wollen Anträge frühzeitig bearbeitet und positiv beschieden haben, also schneller als drei Monate, schneller als das Gesetz es vorsieht.

Der Steuerungsdienst meines Bezirks hat sich angeschaut, wer eigentlich in den Straßen- und Grünflächenämtern genau daran arbeitet. Wir können anhand der Kosten- und Leistungsrechnung ermitteln, wie viele Anträge es gibt, wie viele Produkte in der Kosten- und Leistungsrechnung abgebildet werden. Wir kommen zu dem Ergebnis, dass derzeit 46,43 Vollzeitäquivalente in den zwölf Bezirken an dieser Thematik arbeiten.

Wenn wir nun die zu erwartenden weiterhin deutlich steigenden Antragszahlen zugrunde legen, dann wird dieser Personalbestand, da sind wir uns hier alle einig, bei Weitem nicht ausreichen. Wir haben errechnet, dass wir für die Bezirke einen Stellenaufwuchs von insgesamt 60 Vollzeitäquivalenten, das heißt, fünf pro Bezirk, benötigen, um dem Leistungsversprechen, die Genehmigung schneller als in drei Monaten zu erteilen, gerecht zu werden.

Die Maßnahmen, die in der Gigabitstrategie genannt werden, sind dafür ein wesentlicher Beitrag. Die Qualität der Anträge zu steigern, auch Anträge zu vermeiden und so weiter und so fort, was alles vorhin genannt wurde, ist wichtig, um mit erhöhtem Personaleinsatz genau zu diesem Ziel zu kommen.

Was ist von den Kolleginnen und Kollegen zu leisten? – Um das deutlich zu machen, denn es erscheint für den Laien so: Da kommt digital ein Antrag rein, und dann wird geguckt, ob es die Straße gibt und ob es dort möglich ist, dann wird der digitale Stempel gemacht, und dann geht das raus. – Nein, so einfach ist das nicht. Deswegen will ich Ihnen gern die Aufgaben nennen, die in den Straßen- und Grünflächenämtern in diesem Zusammenhang zu erledigen

sind. Der Bezirksingenieur oder die Bezirksingenieurin in dem Straßen- und Grünflächenamt, der oder die für den Bereich zuständig ist, führt eine Abstimmung mit dem Telekommunikationsunternehmen, übernimmt die Planung und hat auch die bauaufsichtliche Verantwortung. Die Baustellen müssen kontrolliert werden. Es muss einen permanenten Ansprechpartner durch einen Bauaufseher geben. Es werden auch reine Verwaltungsmitarbeiter benötigt, die für die Durchführung der Genehmigungsprozesse zuständig sind, die Stellungnahmen einholen und Bescheide erstellen, Mitarbeiter, die straßenbehördliche Anordnungen und Kontrollen übernehmen, und – es geht nicht nur um das reine Straßenland, sondern auch um das Straßenbegleitgrün, um Straßenbäume, die möglicherweise betroffen sind – ein Mitarbeiter, der in dem Bereich Straßengrün zuständig ist, muss sich mit dem jeweiligen Ausbauvorhaben beschäftigen. – Das sind die Dimensionen inhaltlicher Art, die in den Straßen- und Grünflächenämtern zu bewältigen sind. Wenn wir sagen, dass fünf Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter pro Bezirk mehr erforderlich sind, dann möchte ich an dieser Stelle sagen, dass das nicht übertrieben ist. Das ist eher bescheiden für das, was in dem Zusammenhang an Aufgaben zu erwarten ist.

Da wir befreundetes Personal in den Hauptverwaltungen haben, will ich an dieser Stelle auch sagen, dass wir auch in den Hauptverwaltungen, nicht nur koordinierend bei der Senatswirtschaftsverwaltung, sondern auch bei der Senatsverwaltung, die für Verkehr zuständig ist, die Notwendigkeiten sehen, dass dort entsprechend Personal aufwächst. Dort ist es insbesondere die IT-seitige Koordination, die verstärkt werden muss. – Vielen herzlichen Dank!

Vorsitzender Christian Wolf: Vielen Dank, Herr Igel! – Nach der Anhörung der Telekommunikationsanbieter und der Stellungnahme von Herrn Bezirksbürgermeister kommen wir nun zur Aussprache der Abgeordneten. Auf der Redeliste habe ich als Erstes Herrn Vallendar von der AfD-Fraktion.

Marc Vallendar (AfD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Auch vielen Dank an die Anzuhörenden für Ihre sehr ausführlichen Darstellungen hinsichtlich des Standes des Breitbandausbaus in Berlin! Aus Sicht meiner Fraktion steht Berlin im Vergleich zu anderen Regionen in Deutschland tatsächlich recht gut da. Ich möchte es daher kurzhalten und lediglich ein paar Punkte ansprechen, die uns am Herzen liegen.

Auch wenn es insgesamt in den vergangenen Jahren einen deutlichen Breitbandausbau gegeben hat, und zwar sowohl im Festnetz- als auch Mobilfunkbereich, beobachten wir dennoch, dass es einige Stadtteile gibt, die notorisch unterversorgt sind. Mir fallen beispielsweise die Wohngebiete im Bereich der Krümmen Lanke in Zehlendorf ein. Hier steht teils weder breitbandfähiger Mobilfunk zur Verfügung, noch gibt es in einigen Haushalten DSL-Bandbreiten von wenigstens 50 Megabit pro Sekunde. Hier würde uns interessieren, wie die Vertreter der anwesenden Telekommunikationsgesellschaften die Chancen einschätzen, dass diese Versorgungslücken in absehbarer Zeit geschlossen werden können.

Ein anderer Punkt ist die Versorgung speziell mit mobilen Daten im Bereich des U-Bahnnetzes der BVG. Außerhalb der Stationen steht während der Fahrt durch die Tunnel auch heute noch vielerorts lediglich EDGE zur Verfügung. Das bedeutet, dass die mobilen Daten während der U-Bahnfahrt in Berlin nicht verlässlich verfügbar sind. Aus Sicht meiner Fraktion ist das ein Armutszeugnis für unsere Hauptstadt, zumal in anderen U-Bahnnetzen durchaus breitbandiger Mobilfunk vorhanden ist. Frankfurt am Main ist da ein gutes Beispiel. Auf eini-

gen Streckenabschnitten, zum Beispiel der U 7 oder der U 8, wurden in Kooperation mit der BVG schon sogenannte BTS-Hotels unterirdisch eingerichtet, also von den verschiedenen Telekommunikationsgesellschaften gemeinsam genutzte Örtlichkeiten, wo Mobilfunkinfrastruktur errichtet wurde. Das funktioniert auf den besagten Strecken aus Kundensicht ganz gut. Hier würde uns interessieren, ob und wann weitere solcher Standorte in den Tunneln anderer U-Bahnlinien realisiert werden sollen.

Auch wäre für uns interessant, ob es bezogen auf den Mobilfunkausbau im U-Bahnnetz irgendwelche Hemmnisse aufseiten der Berliner Verwaltung oder im Bereich der BVG gibt, wo gegebenenfalls politisch nachgesteuert werden könnte, um einen Ausbau der Versorgung mit zeitgemäßem Mobilfunk auch in der U-Bahn zu beschleunigen.

Zum Schluss hätte ich noch eine Frage, die sich speziell im Nachgang der Sabotageakte an der Telekommunikationsinfrastruktur aus unserer Sicht stellt. An dem besagten Samstag, dem 8. Oktober, wo in Norddeutschland die Eisenbahnstrecken unterbrochen wurden, waren Glasfaserleitungen an zwei verschiedenen Eisenbahnstrecken unterbrochen. Dadurch ist das GSM-R-Netz in Norddeutschland ausgefallen. Technisch gesehen erscheint das Schadensbild nachvollziehbar, weil Norddeutschland wohl durch die zerstörten Kabel nicht mehr auf das eigentlich redundant ausgelegte Teilnehmerregister HLR – Home Location Register – zugreifen konnte. Diese Kabel liegen oberirdisch an den Eisenbahntrassen. Der Mobilfunkanbieter Vodafone hat Teile seiner für das öffentliche Netz genutzten Telefonieinfrastruktur aus historischen Gründen an die Eisenbahntrassen verlegt. Uns würde nun interessieren, wie groß der Anteil an oberirdisch verlegten systemrelevanten Leitungen bei anderen Telekommunikationsanbietern ist. Vielleicht können Sie, werte Vertreter der Deutschen Telekom und von DNS:NET, kurz berichten, wie es in Ihren Netzen diesbezüglich aussieht und welche Schutzvorkehrungen Sie haben. – Danke!

Vorsitzender Christian Wolf: Vielen Dank! – Wir sammeln die Fragen der Abgeordneten und machen die Rederunde weiter, um sie dann im Block zu beantworten. Meine Empfehlung ist, immer mitzuschreiben, damit nichts verloren geht. Wir fahren mit der Redeliste fort, und zwar mit Herrn Kraft von der CDU-Fraktion.

Johannes Kraft (CDU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Vielen Dank an Sie alle, die uns sehr ausführlich mit Informationen versorgt haben! Ich will mal auf zwei Punkte eingehen. Der eine ist das Thema Trenching und Microtrenching. Ich habe jetzt erfahren, dass es dazu ein Diskussionsforum gibt. Dazu würden mich ein paar Details interessieren. Ich sage auch warum. Es ist zwei Jahre her, da hat Tim Höttges mal einen sehr interessanten und aufschlussreichen Vortrag zum Thema Trenching und Microtrenching gehalten und die wesentlichen Vorteile dargestellt, übrigens auch für städtische Lagen. Mir ist schon klar, dass so etwas am Alexanderplatz oder auf großen Kreuzungen nicht das Thema ist, aber wenn Sie sich mal Berlin anschauen, dann besteht Berlin überraschenderweise nicht nur aus dem Inneren des S-Bahn-Rings, sondern auch aus den Bereichen darüber hinaus, und da haben Sie durchaus in Größenordnungen Straßenzüge, die im Moment noch nicht versorgt sind, die, wenn ich die Karten richtig interpretiere, noch eine Weile brauchen, bis sie versorgt werden. Als Laie scheint mir das Thema Trenching und Microtrenching durchaus etwas zu sein, womit man viel Zeit und im Zweifel auch Geld sparen kann.

Ich will mal mit Ihrer Erlaubnis, Herr Vorsitzender, aus einer Antwort des Senats auf eine Schriftliche Anfrage von mir zitieren. Das ist ungefähr einen Monat her. Da habe ich nämlich genau nach diesem Thema gefragt. Da steht drin:

Für Trenchingverfahren sieht die Senatsverwaltung für Umwelt, Mobilität, Verbraucher- und Klimaschutz aufgrund des bisher nicht vorhandenen Regelwerks in der Regel keine vertretbaren Anwendungsfälle.

Das irritiert mich schon ein bisschen. Vielleicht können Sie, wenn es einen neuen Sachstand gibt, das Ganze aufhellen.

Der zweite Punkt ist auch im Wesentlichen an Herrn Vogler gerichtet. Jetzt wird erfreulicherweise seitens des Bundes, seitens der Länder, seitens der Telekommunikationsunternehmen erfreulich viel Geld in den Ausbau investiert. Ist es zutreffend, dass Geld aktuell nicht wirklich das Problem ist und mehr Geld im Markt einfach nur dazu führt, dass die Preise der Tiefbauunternehmen steigen und es insofern eigentlich weder volkswirtschaftlich noch, was die Zielerreichung des Breitbandausbaus angeht, gar keinen Sinn macht, jetzt noch mehr Milliarden in diesen Markt zu pumpen, weil die Kapazitäten beschränkt sind? Wir wissen, wie Märkte funktionieren: Wenn der Preis flexibel ist, werden die Preise steigen, wenn es keinen Deckel gibt, ein festes Angebot gegeben. – Auch dazu würde mich Ihre Einschätzung sehr interessieren. Vielleicht haben Sie auch die eine oder andere Idee, wie man, wenn man zu viel Geld, aber zu wenig Anbieter hat, möglicherweise über Technologie oder wie auch immer zu einem beschleunigten Ausbau kommt. – Vielen Dank!

Vorsitzender Christian Wolf: Vielen Dank, Herr Abgeordneter! – Wir fahren weiter mit der Liste fort: Herr Schulze von der Fraktion Die Linke.

Tobias Schulze (LINKE): Herzlichen Dank auch von meiner Seite für die anfänglichen Ausführungen! Das war alles sehr interessant. Vielleicht eine Vorbemerkung oder auch eine Frage an den Senat und alle Anzuhörenden: Was passiert denn, wenn wir an Grenzen der Anbietervielfalt stoßen? Sie haben es vorhin schon erwähnt: Da reißt jemand die Straße auf und überlegt, noch das vierte oder fünfte Glasfaserkabel reinzulegen. – Ist das tatsächlich sinnvoll? Ich habe mal gelernt, dass Netzinfrastrukturen dann gut laufen, wenn sie ordentlich strukturiert sind und nicht alle nebeneinander dasselbe machen und wir dann möglicherweise einen Flickenteppich von verschiedenen Ausbaustufen oder gar Technologien haben. Insofern die Frage: Wenn wir jetzt schon versuchen, mit Glasfaser flächendeckend zu starten, wie sind denn Planungs-, Abstimmungs- und Strukturierungsprozesse vorgesehen, oder ist das dem vollkommen eigenen Belieben der Anbieter überlassen, wann sie wo nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten ihr Netz hinlegen? An dieser Stelle scheint mir der eine oder andere strategische Gedanke angebracht.

Ein bisschen überrascht war ich in der Tat davon, dass der Netzausbau der Unternehmen Betriebs- und Geschäftsgeheimnis ist. Wenn wir so etwas strategisch planen wollen, ist es dann eine sinnvolle Geschichte, dass wir gar nicht wissen, wo ausgebaut werden könnte, wo schon etwas liegt, und müssten wir nicht von politischer Seite her – Herr Askar, Sie haben gesagt, Sie haben selbst den Überblick – mehr Transparenz in die Frage des Ausbaus und der bisher liegenden Netzinfrastruktur bekommen?

Ich habe noch ein paar spezielle Fragen. Es wurde hier gelegentlich schon erwähnt: Wie kommt man eigentlich in das Haus rein? Wenn das Kabel unter der Straße liegt, was passiert dann, wenn man möglicherweise erst ins Vorderhaus und später noch ins Hinterhaus muss? Da haben Sie von Schwierigkeiten berichtet. Wie ist denn Ihr Zugang dazu? Oder umgekehrt: Wie planen Sie so etwas? Uns wird berichtet, dass gelegentlich nur das Vorderhaus das Glasfasernetz bekommt, und dem Hinterhaus kommt nichts mehr an. Wo ist denn das Problem? Wie kann man das lösen?

Damit zusammenhängend, wenn Sie sagen, Sie erreichen die Eigentümer so schlecht: Es wird schon lange über die Frage diskutiert, ob wir ein öffentliches Register für Immobilieneigentümer in Berlin brauchen. Wir haben ein Transparenzregister auf Bundesebene für Vertretungsberechtigte, aber natürlich sind diese verschachtelten Konstruktionen, wo man häufig gar nicht weiß, wer eigentlich dahintersteht und wie man den erreicht, für uns alle ein Problem, im mietenrechtlichen Bereich, aber offenbar auch im gewerblichen Bereich bei Ihnen ein Problem. Wir müssen aus dieser Anhörung mitnehmen, dass wir mehr Transparenz im Bereich von Immobilieneigentum brauchen und möglicherweise auch ein öffentliches Eigentümerregister und -kataster für das Land Berlin.

Herr Bezirksbürgermeister Igel hatte schon die notwendigen Stellenaufwüchse in den Bezirken genannt, die wir brauchen, um die entsprechenden Anträge zu bearbeiten. Vielen Dank für diese Präzision! Es ist sehr hilfreich, wenn wir schon wissen, wohin die Reise gehen muss. Meine Frage wäre, ob das auch vonseiten der Bezirke in dieser Präzision in die Haushaltsberatungen eingebracht wird, damit das Land, der Finanzsenator, mit diesen 60 zusätzlichen Stellen umgehen kann, damit wir schnell in die Besetzung der Stellen einsteigen können, denn da hapert es häufig.

Eine Frage hätte ich an Herrn Askar: Inwieweit sind eigentlich die Antragszahlen eine taugliche Messgröße für den tatsächlichen Ausbaustand? Korreliert die Zahl der Anträge mit der Zahl der erreichten Haushalte oder Unternehmen, oder gucken Sie sich auch andere Zahlen an? Es war jetzt viel von den Anträgen die Rede. Die Zahlen gehen dramatisch hoch, aber ist das dieselbe Messgröße wie ein Ausbau und eine Verfügbarkeit für möglichst viele Menschen? – Das waren meine Fragen. Danke schön!

Vorsitzender Christian Wolf: Vielen Dank, Herr Abgeordneter! – Wir machen weiter mit Herrn Förster von der CDU-Fraktion.

Christopher Förster (CDU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Ich würde beim letzten Punkt meines Vorredners anknüpfen, nämlich bei Ihnen, Herr Igel. Sie haben gesagt, dass es aktuell 46 VZÄ in den Bezirken gibt. Ich war mir nicht ganz sicher, ob Sie gesagt haben, das Ziel müsse sein, insgesamt 60 VZÄ zu haben oder um – – [Zuruf von Bezirksbürgermeister Oliver Igel (BA Treptow-Köpenick)] – Zusätzliche 60 VZÄ! – Dann wird es Bezirke geben, die deutlich mehr als fünf Mitarbeiter bei der Bearbeitung haben. Das wäre definitiv für uns alle hier ein Thema für den Nachtragshaushalt. Vielleicht gibt es schon Möglichkeiten, zusätzliche Stellen zu schaffen.

Mich würde noch interessieren, das ist eine Frage an Herrn Askar, wenn er sie beantworten kann: Es ist immer wieder die Rede davon, eine sogenannte Baustellenkoordination einzuführen. Das hat der ehemalige Bürgermeister Müller ganz groß angekündigt. Wirklich passiert

ist, glaube ich, nichts, aber vielleicht wäre es wichtig, um das Ziel, bis 2030 flächendeckend Glasfaser zu erreichen, in der Tat umzusetzen. Wenn ich überlege, wie oft die GASAG, Vattenfall und auch die BVG Maßnahmen in den Bezirken durchführen, wäre es die Chance, zumindest Leerrohre mitzuverlegen, damit später Glasfaser durchgezogen wird. Vielleicht können Sie dazu noch etwas sagen oder anstoßen, dass man das in der Tat umsetzt, damit wir nicht immer wieder Straßen zwei-, dreimal aufbuddeln müssen, um entsprechende Kabel zu verlegen.

Von unseren beiden Anzuhörenden würde mich noch interessieren, was für Sie schnelle Bearbeitungszeiten sind. Reden wir über 14 Tage oder über einen Monat? Ich gehe davon aus, dass der Fall aus Pankow seit März ein Extremfall ist. Es klang so, als wäre dort nur eine Kollegin, die keine Vertretungsregelung hat. Das ist natürlich misslich. Vielleicht können Sie das noch etwas präzisieren.

Bei der Verkabelung der Häuser, die Sie angesprochen haben, denke ich, meinen Sie FTTH, also in den Keller, und von dort aus wird dann das Haus versorgt. – Alles klar! Dann ist die Frage schon beantwortet. – Vielen Dank!

Vorsitzender Christian Wolf: Vielen Dank, Herr Förster! – Dann machen wir weiter mit der Redeliste. – Herr Lehmann von der SPD-Fraktion!

Jan Lehmann (SPD): Vielen Dank! – Zunächst gilt mein Dank den Vortragenden für die informativen Erkenntnisse! Vor allen Dingen ein Lob an Herrn Vogler, dass mal jemand sagt, dass Berlin ganz gut voran und in der Verwaltung ganz fit ist. Auch Herrn Igel möchte ich ausdrücklich loben, dass er mal erzählt, dass es sein mag, dass es von außen einfach aussieht, aber dass im Hintergrund Mitarbeiter mitwirken, die das serviceorientiert nach außen geben und dass viel Arbeit dahinter steckt, aber Berlin doch nicht so schlecht ist, wie es gern gesagt wird. Wir sind in diesem Service viel besser. Ich fand diese Sicht gut.

Dann habe ich die Frage, ob es generell Glasfaser – – Vielleicht kommt noch 6 G. Ich weiß nicht, an wen ich die Frage richte, wahrscheinlich an alle Vortragenden. Was ist denn jetzt die Zukunft? Kupfer hielt 20 Jahre. Wie lange soll Glasfaser halten? Wie sind da die Tendenzen, und wo soll es hingehen? Hätte nicht gerade in Berlin, in einer Großstadt, 5 G gereicht, um sich ganz viel Arbeit zu ersparen? Dazu würde ich mir mehr Informationen wünschen, damit das auf Wohlwollen trifft.

Die Frage nach den Geschäftsgeheimnissen hat Herr Schulze schon angesprochen. Da fehlen mir die Rechtsgrundlagen. Herr Vogler von der Telekom sagte das wohl. – [Alexander Vogler (Deutsche Telekom Technik GmbH; Leiter Technik NL Ost) deutet Richtung Verwaltung.] – Nein, das war die Verwaltung. – Warum muss der lebensweltlich orientierte Raum so ein großes Gebiet sein, um das darzustellen? Wenn das Kabel auf der Straße liegt, muss es doch wohl mindestens straßeneckengenau gehen, ohne die einzelnen Anwohner in irgendeiner Art zu tangieren und Geschäftsgeheimnisse zu verraten.

Herr Vogler war das mit dem Zugriff auf die Eigentümerdaten und sprach vom berechtigten Interesse. Da gucke ich jetzt mal die Datenschutzbehörde an und frage, ob Sie etwas dazu sagen möchten. Laut Rechtsprechung hat sich doch die Abwägung des berechtigten Interesses geändert. So einfach ist ein berechtigtes Interesse eben nicht mehr vorzubringen. Ich glaube,

Herr Brozio weiß, was ich meine. Ich hätte gern eine Einschätzung dazu. Dass man einfach sagt: Ich möchte hier die Welt besser machen –, ist in meinen Augen jedenfalls noch kein berechtigtes Interesse. Also, wir müssen dort sauberer arbeiten.

Der vorletzte Punkt ist: Sie sagten, es sind acht Partner in Berlin am Arbeiten. Ich habe als Betroffener – jetzt will ich mal wie ein Bürger reden – einen Anbieter bei mir vor der Haustür. DNS:NET heißt der. Aus dem Bauch habe ich ein ungutes Gefühl. Jeden zweiten Tag kommen Drückerkolonnen vorbei und klingeln, egal, wie man gerade drauf ist. Dann muss man rauskommen, und die schwatzen einem etwas auf und sagen: Es kostet nur 50 Euro. – Jetzt zahle ich aber 25 Euro für genau dieselbe Bandbreite, die dann 50 Euro kosten würde. Was ich damit sagen will, ist nicht, dass ich Angst vor dem Glasfaser habe. Es ist nur noch zu intransparent, welche Kosten tatsächlich auf mich zukommen. Da steht, die Bauarbeiten sind kostenlos. Diese Aufklärungsblättchen sind mir zu schreierisch. Ich will nicht sagen, ich würde mir eine bessere Werbung wünschen, aber es müssen mehr Bürgerängste abgebaut werden, indem man sagt: Sie können später auch mal wechseln. Sie müssen nicht fünf Jahre bei dem einen Provider bleiben –, denn das hält mich auch noch zurück. Ich bin jetzt bei 1&1 und ganz zufrieden und würde bei Ihnen mit dem Glasfaseranschluss auch nur die 250 Megabit pro Sekunde, oder was im Angebot stand, bekommen für den doppelten Preis. Das muss mehr werbewirksam verkauft werden, dass die Leute das auch wollen. Den Nutzen sehe ich ein, aber das hält mich echt moralisch davon ab, da zuzuschlagen.

Das Zweite: Ich wohne am Stadtrand von Berlin, und da muss ich wahrscheinlich die Berliner Verwaltung oder den Bürgermeister von Treptow angucken. Er hat auch eine Menge Stadtaußengrenze. Wie ist denn die Zusammenarbeit mit Brandenburg? Gibt es von Brandenburger Seite Anschlussmöglichkeiten, oder fragt Brandenburg auch mal zurück, ob sie von uns einen Anschluss kriegen? Es würde gerade in diesen extrem entfernten Gegenden bestimmt beiden Seiten helfen, wenn wir auf dem Gebiet miteinander reden würden. – Vielen Dank!

Vorsitzender Christian Wolf: Vielen Dank, Herr Abgeordneter! – Fahren wir weiter fort mit Herrn Rogat von der Fraktion der Freien Demokraten.

Roman-Francesco Rogat (FDP): Vielen lieben Dank an alle Anzuhörenden für Ihren Input! Es ist auch viel Positives berichtet worden. Das macht mich als Oppositionspolitiker dieser Stadt etwas wehleidig, aber als Bürger dieser Stadt stimmt mich das doch in ein paar Bereichen zuversichtlich. Insofern Ihr Wort in Gottes Ohr, Herr Vogler! Wenn wir den Ausbau sogar zwei Jahre eher erreichen können, dann wäre das natürlich eine Zielsetzung, die wir durchaus teilen würden. Vielleicht ist das der Ansporn für alle anderen Beteiligten, das zu erreichen.

Jetzt am Ende sind von meinen Fragen schon ein paar abgebaut worden. Ich will mich nur auf ein paar konzentrieren, und zwar einmal das Thema Leerrohre. Herr Vogler hatte jetzt gesagt, die Telekom hat historisch bedingt schon sehr viele Leerrohre in der Stadt liegen. Mich würde interessieren, ob Sie, Herr Askar, in der Verwaltung eine Übersicht haben, wo wir schon Rohre haben, um Redundanzen zu vermeiden, um nicht die Straße aufzureißen und zu sagen: Ach so! Hier liegt schon etwas, das man im Zweifel auch nutzen könnte. – Dann wäre die Frage dahingehend, wie es bei Kooperationen mit Neubauvorhaben ist. Ist dann klar, wenn wir ein größeres oder kleineres Wohnungsbauprojekt haben oder Gewerbegebiete ausweisen, dass standardmäßig entweder schon verkabelt wird oder zumindest Leerrohrausrüstung vorliegt?

Herr Askar! In Ihrer Präsentation hatten Sie gesagt: Um den Ausbau zu erreichen und flächendeckend zu machen, nehmen wir sowohl Glasfaser als auch Koaxialkabel zusammen. – Jetzt haben wir schon längere Zeit den Kampf Glasfaser versus Kupferkabel, wo zumindest mein Gefühl immer gesagt hätte: Bei steigenden Datenmengen, die wir in Zukunft zu erwarten haben – wir haben Homeoffice, Homeschooling, Streaming, 4K-Fernsehen und so weiter und so fort, das ist am Ende eine Frage des Preises und wie schnell sich so etwas etabliert –, kann ein Koaxialkabel schnell an sein Limit kommen, weil es ein geteiltes Medium ist. Was verbirgt sich dahinter, dass wir das jetzt zusammennehmen, weil ich aus meinem Bauch heraus immer den Wunsch gehabt hätte – – Fibre to the Home – Fibre, das steckt schon im Namen – ist nicht Kupfer to the Home. Wäre das das Ziel?

Die Frage ist an die Carrier gerichtet: Es gibt bei den Koaxialkabel unterschiedliche Größen. Das schließt ein bisschen an die Frage nach der Lebensdauer der Kupferkabel an. Ältere Koaxialkabel müssen ersetzt werden. Würde es nicht Sinn machen, wenn man ein altes Koaxialkabel rausnimmt, wenn man die Straße sowieso anfasst, mit Glasfaser nachzurüsten? Wäre das nicht sinnvoller, anstatt ein neues Koaxialkabel reinzuschmeißen, wenn man es sowieso einmal anfasst?

Dann war die Frage des Bottlenecks, Genehmigungsverfahren, Antragsprozesse. Das habe ich verstanden. Personal wird aufgestockt. Sie hatten, Herr Askar, in Ihrer Präsentation gesagt, es soll einen Sollprozess geben, der bezirkseinheitlich ist. Das kann ich nur begrüßen, und es ist natürlich in unser aller Interesse, dass es das gibt. Die CDU-Fraktion hatte gefragt, an die Carrier, was die Wunschzielbearbeitung ist. Die könnte sich unterscheiden von dem, was ein Sollprozess als Sollzieldauer hat. Deswegen würde ich die Frage an Sie zurückgeben: Was nimmt sich denn die Verwaltung als Bearbeitungsziel, dass die Anbieter sagen: Innerhalb von vier Tagen wäre natürlich cool, denn dann könnten wir loslegen. – Dass das nicht ganz realistisch sein kann, ist uns allen klar. Was wäre da das Wunschziel?

Daran anschließend: Es wurden drei Bezirke herausgepickt, die sehr gut in ihren Verfahren sind: Lichtenberg, Marzahn-Hellersdorf, Treptow-Köpenick, interessanterweise drei Ostbezirke. Mich würde interessieren, ob es da nicht vielleicht Ideen gibt. Ich bin als Mitglied der FDP-Fraktion großer Fan von: Leistung muss sich lohnen, im Sinne von: Gibt es da vielleicht auch Überlegungen, dass man sagt, man belohnt diese Bezirke, die besonders schnell und gut sind? Solange wir diese Bezirksstruktur haben und jeder seine eigenen Verfahren oder seine eigene Schnelligkeit voranlegt, kann es immer schön sein, wenn man Bezirke, die besonders gut sind, auch in irgendeiner Art und Weise – – Sprinterprämien stehen als Begriff im Raum usw. Ist so etwas denkbar, um auch einen Anreiz für langsamere Bezirke zu schaffen, vielleicht aufzuschließen, um insgesamt noch mal Tempo in die Geschichte reinzubringen?

Verlegemethoden, Trenching und Minderverfahren: Meiner Meinung nach gab es schon Bezirke, die auch auf diese etwaigen Verlegemethoden gesetzt haben, also gerade, was mindertiefe Verlegeverfahren angeht. Sie haben geschildert, dass es da diese Gesprächsrunde gibt, um auch Sorgen, Nöte und Ängste abzunehmen. Mich würde interessieren, was denn da vorgetragen wird und warum ein Bezirk sagt: Wir versuchen das und machen das irgendwie möglich –, und ein anderer Bezirk blockiert das. An der Rechtslage kann es nicht liegen. Wir haben 2022. Warum kann so etwas nicht dynamischer oder schneller gehen? Warum muss es dazu einen Arbeitskreis geben, um da Ängste zu nehmen, wenn es Best Practice schon gibt? Ich glaube, das könnte dann durchaus eine Beschleunigung bringen.

In dem Zusammenhang hat Herr Vogler angemerkt, dass, wenn ich einen kleinen Bagger benutze und mindertiefe Verfahren machen, das ein zusätzliches Kostenthema sein könnte. Ich hatte es jetzt so verstanden, dass es am Ende etwas teurer wird. – [Zuruf: Billiger!] – Vielleicht bringen Sie noch mal bitte Licht ins Dunkel. – Danke sehr!

Vorsitzender Christian Wolf: Vielen Dank, Herr Abgeordneter! – Dann habe ich auf der Redeliste Frau Bozkurt von Bündnis 90/Die Grünen.

Tuba Bozkurt (GRÜNE): Danke sehr, Herr Vorsitzender! – Ich muss jetzt auch lobende Worte sagen, allerdings nicht als Teil der Regierung, sondern als Bürgerin dieser Stadt. Ich konnte dank unterbrechungsfreier Mobilfunkinfrastruktur auch der Sitzung folgen und fand die Diskussion sehr anregend. – Vielen herzlichen Dank den Anzuhörenden und den Kolleginnen für die Fragen!

Ich habe für den Kollegen Lehmann noch eine kurze Anmerkung, weil er das gerade gesagt hatte, und Herr Knorr hatte das vorhin, glaube ich, auch gesagt: 5 G braucht Glasfaser – als Randnotiz noch mal. – Wir haben von Ihnen allen gehört, auch von Ihnen, Herr Askar, wie

der Stand des Breitband- und Glasfaserausbau ist. Mich würde interessieren, was das für den Industriestandort Berlin bedeutet, gerade angesichts des größeren Kostendrucks in Zusammenhang mit der drohenden oder bevorstehenden Rezession, der Inflation sowie auch den Lieferkettenproblemen sowie der parallel voranschreitenden Digitalisierung. Gibt es da Entwicklungen? Gerade die Industrien sind interessant, die für die Breitbandkommunikation Produkte liefern.

Dann gibt es seit Mitte dieses Jahres seitens der Ampelkoalition auf Bundesebene verbindliche Mindeststandards zur gewährleistenden Internetbandbreite. Die qualitative Untergrenze liegt bei derzeit 10 Megabit pro Sekunde im Download und 1,7 Megabits pro Sekunde im Upstream bei einer Latenzzeit von maximal 150 Millisekunden. Das ist technisch, aber das bedeutet tatsächlich für Nutzerinnen und Nutzer kostengünstige Basisdienste oder Basisanschlüsse, dass gerade diejenigen, die in den Randlagen leben, benachteiligt werden. Wie wird denn hier eine hohe Qualität auch durch die Gigabitstrategie ermöglicht, um allen das gleiche Recht zukommen zu lassen?

Die Frage zum Ausbau der unterirdischen Verkehrswege wurde schon gestellt. Ich möchte noch mal dezidiert darauf eingehen, dass in Kauf genommen wird, dass O₂-Kundinnen aktuell bevorzugt werden, und da auch nicht mit LTE, sondern 5 G. Wie weit ist der Ausbau von LTE bei der BVG?

Eine Frage, die auch schon mal genannt wurde, möchte ich noch mal ausführen. Vor zwei Wochen reichten zwei durchtrennte Kabel, um den gesamten Bahnverkehr im norddeutschen Raum lahmzulegen. Was bedeutet das für den Ausbau und dafür, die Sicherheit dieser neuen Infrastruktur sicherzustellen? – Vielen herzlichen Dank! Das waren meine Fragen.

Vorsitzender Christian Wolf: Vielen Dank, Frau Abgeordnete! – Jetzt wechsle ich die Rolle vom Ausschussvorsitzenden zum Sprecher Digitalisierung der FDP-Fraktion und habe mich selbst auf die Redeliste gesetzt.

Christian Wolf (FDP): Ich möchte den Senat fragen, was Sie unter gigabitfähig verstehen. Da gibt es unterschiedliche Definitionen. Was ist eigentlich Ihre Definition von gigabitfähig, wenn Sie die Ausbauziele formulieren? Der Abgeordnete Rogat hat gesagt: Fibre to the Home, Fibre to the Building sind da Stichworte. – Wenn Sie von flächendeckendem 5 G 2025 sprechen, ist das eine rechnerische Größe, die sich auf alle Mobilfunkanbieter bezieht, oder muss jeder einzelne Mobilfunkanbieter 5 G flächendeckend anbieten? Ich bin der Meinung, dass das auch eine rechnerische Größe ist, aber vielleicht können Sie mich da korrigieren.

Die Kollegin Bozkurt hat es gesagt: Im Bundesministerium für Digitalisierung und Verkehr gibt es auch eine Gigabitstrategie, und dort sind auch einige Handlungsoptionen für die Länder offen, zum Beispiel die Beschleunigung von Genehmigungsverfahren. Inwieweit hat Berlin hier gesetzliche Anpassungen vorgenommen, um das umzusetzen, was dort vorgegeben wurde? Bei der Digitalisierung der Genehmigungsverfahren wäre meine Frage, ob Berlin hier eine eigene Lösung entwickelt hat oder auf die Möglichkeiten des Onlinezugangsgesetzes zurückgreift und dieses digitale Antragsverfahren aus Rheinland-Pfalz und Hessen verwendet – dies als Frage zum Thema Digitalisierung des Antragsprozesses – und inwieweit mit dem Gigabitportal des Bundes, also dem Breitbandportal des Bundes, zusammengearbeitet wird. Auch vom Ministerium wurde angeboten, dass die Länderzuständigkeiten, bei uns in

dem Fall die Senatsverwaltung, mit dem Bundesministerium zusammenarbeiten. Vielleicht können Sie darüber ein Wort verlieren.

An die TK-Anbieter habe ich nur die Frage, inwieweit Lieferkettenprobleme den Ausbau bremsen und inwieweit Sie abhängig von Hardware aus China sind. Das würde ich gerne noch wissen in dem Zusammenhang. – Vielen Dank!

Vorsitzender Christian Wolf: Dann fangen wir mit der Redeliste fort. Ich bin wieder der Ausschussvorsitzende. – Herr Schulze von der Fraktion Die Linke!

Tobias Schulze (LINKE): Entschuldigung, ich hatte vorhin eine Frage vergessen, und zwar die Frage nach den Berliner Wasserbetrieben. Die Berliner Wasserbetriebe haben qua ihrer Funktion auch die Aufgabe, regelmäßig in die Straßen reinzugucken, und auch die Möglichkeiten, bei ihren Tiefbaumaßnahmen natürlich Glasfaser mitzudenken. Inwieweit gibt es da möglicherweise Gespräche – das hatten Sie vorhin kurz erwähnt – Dinge parallel zu machen? Inwieweit könnten die Berliner Wasserbetriebe so etwas wie Verrohrungen oder Ähnliches auch in Eigenregie machen und damit quasi eine Infrastruktur zur Verfügung stellen, die dann auch von den Carriern genutzt werden könnte?

Vorsitzender Christian Wolf: Vielen Dank, Herr Abgeordneter! – Dann kommen wir zur letzten Person. Herr Machulik von der SPD-Fraktion!

Stephan Machulik (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Jetzt hat Herr Schulze mir das gerade weggenommen, was ich auch noch mal nachfragen wollte: wie man mit der bestehenden Infrastruktur arbeiten kann, um den Ausbau zu beschleunigen. – Aber mir bleibt noch eine Frage an den Bezirksbürgermeister Oliver Igel und an die Verwaltungsrätin. Sie hatten ausgeführt, dass derzeit, wenn ich Sie richtig verstanden habe, 46,4 VZÄ berlinweit dort tätig sind, und Sie haben gesagt, zusätzliche 60 VZÄs wären notwendig, also fünf pro Bezirk. Wenn wir das jetzt mal hochrechnen – – Ich gehe davon aus, dass wir diese fünf VZÄs nicht ausschließlich für den Breitbandausbau brauchen, sondern dass es wahrscheinlich allen anderen Dingen, die auch das SGA machen muss, was an Genehmigungsverfahren läuft, zugutekäme. Meine Frage wäre: Könnten Sie noch mal im Gegensatz zu dem, was jetzt mit einer vermeintlichen Genehmigungsfiktion von drei Monaten im TKG steht, noch einmal ausführen, weil das jedes Mal hier im Abgeordnetenhaus auch Thema ist, wie so eine Genehmigung komplett aussieht – gerade mit der Straßenlandsondernutzung, die dann beantragt werden muss –, und im zweiten Teil, dem straßenverkehrsrechtlichen Teil dieser Genehmigung, und, wo es da aus Sicht der Bezirke am meisten hakt, damit man auch mal sieht, welche Prozesse dort noch optimiert werden können?

Als letzte Frage auch an Sie, Herr Igel – wir haben relativ viele Liegenschaften, die sich in Bezirkseigentum befinden –, inwiefern da schon in den einzelnen Bezirken geschaut wurde, wie man da die Infrastruktur ausbauen und dementsprechend die Gebäude der Bezirke nutzen kann, angefangen von den Rathäusern bis zu den Sozialämtern etc. Sie wissen selber, wie viele Gebäude Ihnen allein schon gehören, die man nutzen kann, ohne dass man noch zusätzliche Mietobjekte benötigt, wenn man das dann über die Bezirke, über die Liegenschaften machen würde. – Vielen Dank!

Vorsitzender Christian Wolf: Vielen Dank, Herr Abgeordneter! – Damit ist die Redeliste erschöpft. In Anbetracht der fortgeschrittenen Zeit schauen wir, ob wir eine zweite Rederunde überhaupt noch hinbekommen von den Abgeordneten. Deswegen bitte ich um kurze und knappe Antworten und beginne mit dem Senat. – Herr Askar, bitte!

Sebastian Askar (SenWiEnBe): Vielen Dank! – Ich haben drei Zettel mitgeschrieben und versuche das jetzt durchzugehen. Wenn ich etwas vergesse, dann sagen Sie es gerne. Ich gebe mein Bestes, aber Sie sehen selber an der Diskussion, dass die Lage maximal komplex ist. Ich versuche, durch Ihre Fragen durchzugehen. Manchmal bündelt sich vielleicht auch ein bisschen was. Erst mal zwei grundsätzliche Sachen: Das eine ist, dass es sich bei der Telekommunikationsinfrastruktur laut Grundgesetz um einen privatwirtschaftlichen Wettbewerb handelt mit allen Vor- und vielleicht an der einen oder anderen Stelle auch Nachteilen. Das bedeutet, dass wir als Senat nicht verhindern können, dass zwei Anbieter ihr Kabel in die gleiche Straße legen, sondern das ist freier Wettbewerb. Die Unternehmen haben auch ein Recht, ihr Kabel verlegen zu dürfen. Das heißt, es gibt da keine Hintertürchen, wie man das Ganze verhindert. Deswegen ist es auch mit den Partnern der Gigabitstrategie nicht immer 100 Prozent transparent, weil da in Teilen auch Geschwindigkeit zählt. Die Unternehmen müssen den Infrastrukturausbau natürlich auch durch eigene Einnahmen finanzieren, was dann zur Folge hat, dass vor dem Ausbau ein sogenannter Vertrieb stattfindet und dass wir vereinbart haben, dass im Grundsatz flächendeckend ausgebaut wird. Das heißt, dass dann nicht nur in der Straße gebaut wird, wo auch genügend Kunden Verträge unterschrieben haben, sondern dass das gesamte Gebiet erschlossen wird. Das kann aber natürlich auch bedeuten, dass man in dem Moment nicht in jedes Haus geht, sondern das soweit vorbereitet, dass man dann schnell noch in jedes Haus kommt. Wir müssen uns das nicht so vorstellen, dass jetzt jedes Haus angeschlossen wird. Das geht auch nicht, das geht auch nicht rechtlich, wie es Herr Vogler ausführte. Wenn die Zustimmung des Hauseigentümers nicht vorliegt, dann fehlt die Vorstellung, wie man sonst in das Haus kommt. Insofern ist das die Einschränkung, aber es wird so flächendeckend vorbereitet, dass man dann, wenn der konkrete Bedarf oder die Nachfrage da ist, sehr schnell und sehr unkompliziert in die Häuser reinkommt und die Nachfrage innerhalb kürzester Zeit befriedigen kann.

Kommen wir zum Grundsatzthema der Technologie: Es gibt nach heutigem Stand keine bessere Technologie. Glasfaser ist nach heutigem Stand grenzenlos. Das heißt, das ist das Beste, was man in die Straße bringen kann. Es zeichnet sich nicht ab, dass es im Moment durch etwas anderes ersetzt werden kann, sodass man in 10, 15 Jahren noch mal die gesamte Stadt umgraben muss. Insofern ist das aus unserer Sicht das Sinnvollste. Wir haben gesagt, dass wir bis 2025 Koaxialkabel als gigabitfähig einstufen. Koaxialkabel sind auch darüber hinaus gigabitfähig, aber wir glauben, dass es bis 2025, nach allem, was wir wissen, was bisher an Bandbreiten benötigt wird, durchaus für den Allgemeingebrauch – ich rede jetzt mal über Haushalte, ich rede nicht über Unternehmen – größtenteils noch ausreichen wird. Wir glauben daran, dass es in drei, vier, fünf Jahren einen Umschwung geben wird, einen Technologie- und Medienbruch, der dann relativ kurzfristig sehr große Wachstumsraten und Bedarfe mit sich zieht, und wenn Sie dann anfangen, die Stadt aufzugraben, dann ist es vielleicht auch zu spät. Deswegen fangen wir jetzt schon an. Unserer Erkenntnis nach ist für den Haushaltsbereich mit den üblichen Dingen, die man heute macht, die Bandbreite, die ein Koaxialkabel in aller Regel bietet, erst mal ausreichend. Deswegen haben wir gesagt, dass wir das erst mal bis 2025 als gigabitfähig mit reinzählen. Aber, ganz klar, die Perspektive: Auf Dauer zählt für

uns nur Glasfaser, weil Koaxialkabel Grenzen haben, Glasfaser, Stand heute, erst mal keine. Das waren erst mal ein, zwei Grundsätze.

Jetzt gehe ich mal ein bisschen durch die Fragen durch. LTE und U-Bahn: Never Ending Story. Immer wenn wir eine schriftliche Anfrage bekommen, verweisen wir auf die fünf schon vorher gestellten. Den Spaß machen wir uns dann auch, aber ein bisschen Ernsthaftigkeit steckt dahinter. Wir haben uns bei dem 5-G-Versorgungsziel, das hatte ich vorhin vergessen zu erwähnen, auch deswegen – – Unser Ziel bezieht sich auf die oberirdische Versorgung Berlins, nicht auf die unterirdische, weil die U-Bahn-Schächte zumindest im erweiterten Eigentum des Landes Berlin sind, aber nicht im direkten Ministerialeinfluss. Es gibt eine Kooperation. O₂-Kunden werden deswegen im Moment bevorzugt, weil O₂ für alle Betreiber ausbaut. Auch das ist sinnvoll, aber der Ausbau verzögert sich unserer Kenntnis nach, weswegen das Thema ein bisschen zur Never Ending Story wird. O₂ baut LTE für alle Netzbetreiber aus. Sie waren damals die Ersten, die das für sich gemacht haben. Herr Vogler, vielleicht wollen Sie auch noch etwas dazu sagen, dann muss ich mich nicht so lange damit aufhalten. Im Grundsatz gibt es da Vereinbarungen, es gibt Ziele. Die Partner kooperieren miteinander. Es verzögert sich etwas, aber wir werden da, glaube ich, zum Ziel kommen.

Zum Thema Breitband und Krumme Lanke oder auch Mobilfunk und Krumme Lanke: Wir beziehen uns auf Daten, die wir von den Netzbetreibern selbst haben beim Mobilfunk, und da muss man natürlich immer sagen: Ja, wir reden über eine rechnerische Abdeckung über alle Betreiber hinweg. Das bedeutet, dass es im Einzelfall sowohl aufgrund einer Lücke eines Betreibers als auch aufgrund einer örtlichen, räumlichen Begebenheit dazu kommen kann, dass reale Verfügbarkeiten etwas niedriger sind als gerechnete. Die Mobilfunknetzbetreiber sind permanent an der Nachverdichtung. Was es da auch für Probleme und Vorbehalte gibt, hatte ich vorhin schon geschildert. Das ist kein triviales Thema. Umso besser, dass deutlich wird, was das für Folgen hat, wenn ein Mast auch mal nicht gebaut wird! Dann kann man an der Stelle auch mal eine etwas schlechtere Versorgung haben.

Was das Thema Breitband angeht: 50 Megabit pro Sekunde sind in der Tat nicht wahnsinnig viel. Das klingt jetzt sehr nach Kupfer und nicht nach Koaxialkabeln oder Glasfaser, aber im Grundsatz gehen wir davon aus, dass auch die Krumme Lanke ausgebaut wird. Ich kann Ihnen im Moment allerdings nicht sagen, wann, und auch nicht, durch wen.

Das gesamte Thema Sabotage: TK-Infrastruktur ist kritische Infrastruktur. Die Netzbetreiber haben Auflagen, wie damit umzugehen und das Ganze zu schützen ist. Es gibt ein Papier der Bundesnetzagentur, das schon mal erste Hinweise bietet. Wir sind dazu im Grundsatz auch im Austausch, noch nicht im Detail, aber im Grundsatz, aber ich glaube, da haben die letzten Wochen und Monate allen beteiligten Akteuren gezeigt, dass man auf das Thema auch noch mal ein gesondertes Augenmerk haben muss.

Das ganze Thema alternative Verlegemethoden, Trenching: Wir können aus unserer Verantwortung heraus nicht jeden Vorbehalt dagegen, offen gestanden, nachvollziehen. Es ist mit etwas Unsicherheit verbunden, weil es sich auch in Teilen um neue Verfahren handelt. Wir hoffen, dass wir insofern da noch Fortschritte machen. Sie hatten die Antwort aus der schriftlichen Anfrage zitiert, die in der Tat etwas ernüchternd ist. Es ist auf Bundesebene gerade eine DIN-Norm in Vorbereitung. Wir hoffen, dass die DIN-Norm den Ämtern ein bisschen mehr Sicherheit bringt, was die Umsetzung angeht. Ich war letztens erst wieder in einem Bezirk,

und da ist mir eines noch mal sehr deutlich geworden, das hatte ich vorher so auch nicht auf dem Schirm: Die Verantwortung und das Selbstbild eines Ingenieurs in den Straßen- und Grünflächenämtern besteht laut der Darstellung damals im Termin darin, für einen einwandfreien, gefahrlosen Zustand einer Gehweg- oder Straßenoberfläche zu sorgen und nicht für eine reibungslose Durchführung des Verlegens von Glasfaserkabeln. Das bedeutet, dass das Hauptaugenmerk des Ingenieurs oder der Ingenieurin darauf liegt, dass der Zustand der Straße möglichst von der Oberfläche her glatt ist, möglichst wenig Schäden auftreten können und das Ganze möglichst langlebig ist. Da sind die Unsicherheiten, die möglicherweise neue Verfahren mit sich bringen – ist das ein potenzieller Schaden per se? – relativ groß, und weil es sich um neue Verfahren handelt, gibt es da noch nicht so viele Erfahrungswerte. Deswegen das Diskussionsforum! Wir versuchen, da Vorbehalte abzubauen. Ein kleines Beispiel beim Trenching: In Berlin, wurde mir gesagt, sind 80 bis 90 Prozent der Straßen überbetoniert. Da liegen unter dem Beton Pflastersteine. Da können Sie technisch nicht trennen. Ich gehe davon aus, dass ein Ausbaupartner, wenn es technisch nicht möglich ist, das Ganze auch nicht macht. Insofern ist das Thema eigentlich durch Kommunikation abzuräumen. Dass man Gehwegplatten nicht trennt, ist uns jetzt auch zugesichert worden. Das liegt auch ein bisschen in der Natur der Sache. Das sind aber alles Vorbehalte, die da waren und die sozusagen abgebaut werden müssen. Auch das TKU hat ein Interesse daran, dass das Kabel nicht nach drei Monaten kaputt ist, weil in der mindertiefen Verlegung über die Einfahrten ein 7,5-Tonner gefahren ist und das kaputt macht. Insofern gehe ich davon aus, dass das berücksichtigt wird, aber das sind alles Vorbehalte, die in der Welt sind und die wir versuchen, durch viel Kommunikation und Beispiele abzubauen, und dann hoffen wir, dass die DIN-Norm uns da ein bisschen Unterstützung und auch Rechtssicherheit bietet. Am Ende ist es natürlich so, dass, wenn die Straße in einem Zustand ist, dass die Menschen stolpern, der Bezirk im ersten Fokus ist. Insofern kann ich verstehen, dass es da seitens der Ingenieurinnen, der Ingenieure Bestrebungen gibt, möglichst für eine einwandfreie Straßenoberfläche zu sorgen. Es gibt aber Ausbaugebiete am Stadtrand mit viel Einfamilienhaus und nicht immer ganz toll befestigten Gehwegen, wo das durchaus trotzdem eine Option ist, auch die mindertiefe Verlegung vor allen Dingen.

Was tun bei zu viel Anbietervielfalt? – Das ist, ehrlich gesagt, sehr komplex und nicht trivial. Wir können uns schwerlich hinsetzen und im Kreise der Strategiepartner abstimmen, wer welche Straße macht. Ich glaube, da haben wir kleines Problem mit dem Kartellrecht. Deswegen tun wir das offen gestanden auch nicht und können das auch gar nicht forcieren, weil es ein freies Wettbewerbsthema ist. Das wird sich aus meiner Sicht nicht verhindern lassen. Allerdings werden sich wahrscheinlich auch nicht genügend Kunden finden, dass sich fünf Kabel in einer Straße finanzieren, denn am Ende ist die Logik der ausbauenden Unternehmen in der Vorvermarktung, dass der Ausbau begonnen wird, wenn eine gewisse Mindestanzahl an geschlossenen Verträgen vorliegt, sodass eine Wirtschaftlichkeit unterstellt werden kann. Wenn da schon drei Kabel liegen, dann werden sich rechnerisch nicht mehr genügend Haushalte finden, die das vierte Kabel finanzieren. Das wird so kommen, und das können wir leider nicht verhindern. Wir legen unser Augenmerk darauf, dass wir die Aufmerksamkeit auf die Gebiete lenken, gerade auch die Randlagen, die ein bisschen dünner besiedelt sind, dass wir da einen eigenwirtschaftlichen Ausbau hinbekommen. In den dichter besiedelten Gebieten wird es eher aus meiner Sicht einen Geschwindigkeitswettbewerb geben, wer zuerst ausbaut, und deswegen auch die sensible Situation, dass wir zwar die Ausbaupläne der TKUs kennen und zu einem gewissen Zeitpunkt dann auch veröffentlichen werden, aber es gibt eine Konkurrenzsituation, und natürlich könnte es sein, dass ein Unternehmen sagt: Wir bauen da aus,

und das andere sagt: Da versuche ich jetzt mal schneller zu sein. – Das müssen wir wissen. Das bringt die Grundgesetzlage und der Wettbewerb an der Stelle mit sich, und das versuchen wir bei uns zu berücksichtigen. Deswegen können wir nicht alles adressscharf herausgeben. Warum das Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse sind – das bestimmt das Unternehmen, was es als solches definiert, einfach selbst. In Teilen ist es auch kritische Infrastruktur. Wir haben die Daten dankenswerterweise bekommen, aber wir geben sie in dieser Granularität nicht heraus. Deswegen komprimieren wir das auf die Ebene von lebensweltlich orientierten Räumen.

Das Thema Eigentümerdaten: Es gibt Datenbanken darüber. Wir haben den Vorschlag vorzulegen und wollten uns in den nächsten Tagen darum kümmern. Da wird im Land Berlin höchstwahrscheinlich eine Rechtsanpassung notwendig sein. Es gibt den Begriff des berechtigten Interesses, wann man pauschal Auskünfte aus diesen Datenbanken erhalten kann. Berlin ist eines der wenigen Bundesländer, wo TKUs nicht im berechtigten Interesse definiert sind, und wir wollen senatsintern anstoßen, dass wir die TKUs pauschal als berechtigte Interessenten ansehen, denn dann können sie sich die Informationen direkt aus dem Portal holen, so wie das in anderen Bundesländern auch schon möglich ist.

Sind Antragszahlen geeignete Messgrößen? – Auf Dauer nein. Im Moment war es das, was wir erst mal hatten, auch um die Fortschritte zu verdeutlichen, weil die Antragszahlen dem konkreten Ausbau vorgeschaltet sind. Der vorgestellte Gigabitversorgungsmonitor und die Versorgungsrate mit Glasfaser wird zukünftig die Messgröße sein. Wir waren nur, Stand heute, nicht ganz fertig damit. Deswegen haben wir Ihnen da nichts live gezeigt, aber er wird in den nächsten Wochen online gehen und für jeden zugänglich sein.

Die Frage nach der Kooperation mit den Wasserbetrieben oder anderen: Es gibt den Verein Infrest, in dem sich die Infrastrukturträger zusammengefunden haben und austauschen. Es gibt das Produkt des Baustellenatlases, wo Bauvorhaben eigeninitiativ gemeldet werden können, wo dann jeder, der einen Zugang hat, schauen kann: Wer baut da, und kann ich mit demjenigen kooperieren? – Das Ganze läuft sozusagen auf freiwilliger Basis, und ich glaube, dass es hier mehr als eine freiwilliger Basis auf Dauer braucht, weil Kooperationen nicht trivial sind. Das muss man auch offen sagen. Da geht es um Zeiträume, um Verlegetiefen und Verlegetiefen, die auch standardisiert sind zwischen den unterschiedlichen Infrastrukturen, und wer was wie wo reinlegt und sich mit wem koordiniert. Jeder hat X Dienstleister und Subunternehmer. Insofern haben wir uns vorgenommen, ein Modell zu entwickeln, und wollen auch bilaterale Kooperationen unterstützen, aber da ist die Theorie einfacher als die Praxis.

Das Thema: Hätte nur 5 G gereicht? – Erstens braucht 5 G in der Backboneanbindung tatsächlich Glasfaser, um die Bandbreiten auch ausstrahlen zu können, und zweitens sprechen zwei Dinge dagegen. Das eine ist, dass wir dann tatsächlich eine Leistungsbandbreite und eine Dichte des Netzes bräuchten, von der wir glauben, im Moment, wenn wir die ganzen Vorbehalte sehen, dass wir das gar nicht hibekommen können. Das Zweite ist natürlich, dass es immer sinnvoll ist bei einem solchen Thema, bei Infrastrukturthemen, auf zwei Lösungen, in dem Fall auf Mobilfunk und auf Festnetz zu setzen, denn wenn eine Lösung mal ausfällt, haben Sie gar nichts mehr, und so haben Sie wenigstens noch das andere Angebot oder die andere Übertragungsart als Rettung.

Die Frage nach der Kooperation mit Brandenburg müssten vielleicht sogar die Netzbetreiber beantworten, weil es deren Netze sind. Auf staatlicher Ebene gibt es im Grundsatz einen abstrakten Austausch, aber nicht, wo welche konkrete Leitung herangeführt. Da am Ende die Glasfaser ins Haus führen muss, weiß ich nicht genau, ob wir da ein größeres Kooperationspotenzial haben. Ob die Leitung dann von Berlin oder Brandenburg aus zum Haus kommt, das wissen die Netzbetreiber am besten.

Leerrohrübersichten haben wir nicht. Was wir jetzt bekommen haben von den Unternehmen, sind die Daten über das derzeitige Bestandsnetz. Das ist im Gigabitversorgungsmonitor eingepflegt. Wir bekommen die Ausbaupläne für die nähere Zukunft, aber Leerrohrübersichten haben wir nicht. Wir reden bei der Gigabitstrategie auch über den Glasfaseranschluss ins Gebäude. Wir haben natürlich eine Riesenbaustelle, aber darauf haben wir im Grunde fast null Einfluss, was dann innerhalb des Gebäudes verbaut wird. Bei Neubauvorhaben ist gesetzlich Glasfaser vorgeschrieben, aber nun haben wir in Berlin wahrscheinlich 95 Prozent Bestand.

Das sukzessive zu erneuern, ist eine Riesenaufgabe, bei der die Immobilieneigentümer einfach gefordert sind. Da sehen wir als Senat außer Aufklärung, ehrlich gesagt, keinen Ansatzpunkt. Im Grundsatz kommt in Ihrer Wohnung schon mal mehr an, wenn Sie Glasfaser im Keller haben, als wenn Sie keine hätten, aber natürlich wird das Thema Inhouseverkabelung perspektivisch ein größeres werden.

Noch mal kurz zum Personal: Die 60 Stellen, die Herr Igel ansprach, haben wir noch nicht. Die brauchen wir unbedingt. Deswegen sagen wir das auch so deutlich, weil da noch gar nichts geregelt und zugesagt ist. Wir sind gerade dabei, dass wir das sehr gründlich und transparent berechnen, sodass es für alle auch nachvollziehbar wird, aber es gibt noch keine Beschlüsse dazu, und der Prozess läuft noch. Aber wir wollten hier deutlich machen, dass eigentlich kein Weg daran vorbeiführt und dass wir ein Problem haben, wenn das so nicht kommt.

Was ist das Wunschziel für eine Bearbeitung? – Auch das verhandeln wir noch mit den Bezirken. Bei einer Genehmigungsfiktion nach drei Monaten wäre das also deutlich unter drei Monaten, denn ansonsten greift ohnehin die Genehmigungsfiktion. Es ist so, dass viele Bezirke – auch zu Recht – gar nicht so gerne mit der Genehmigungsfiktion arbeiten, denn ansonsten könnte man ja gleich sagen: Hier ist mein Postkasten. Wirf den Antrag rein! Nach zwei Monaten hast du die Genehmigungsfiktion. Wir gucken mal auf der Baustelle vorbei, und das war's! – Es geht ja darum, dass man schaut: Ist die Trasse in Ordnung? Haut das hin? Können wir überall in unsere Systeme einpflegen, wo welche Leitung liegt, damit wir vielleicht irgendwann in den Zustand kommen, dass, wenn die Straße aufgemacht wird, nicht drei Kabel mehr drin liegen, als wir eigentlich vorher alle dachten? – Insofern können wir uns vorstellen, dass eventuell sechs bis acht Wochen eine gute Kenngröße wären, um dann auch unter den drei Monaten zu bleiben. Wo wir dann wirklich landen, das hängt natürlich auch so ein bisschen mit dem Personalaufwuchs zusammen, denke ich.

Wir versuchen – und das ist natürlich im Land Berlin immer eine der größten Herausforderungen, egal, bei welchem Thema –, dass die Bearbeitung in den Bezirken harmonisiert wird. Es gibt da eine sehr große Bandbreite an unterschiedlichsten Varianten und Notwendigkeiten, und jede ist dann immer historisch gewachsen oder auf jeden Fall unabdingbar. Deswegen versuchen wir, Best-Practice-Beispiele herauszuarbeiten, aber wenn ich das richtig überblicke, können wir hier bei niemandem mit der Hand auf den Tisch hauen und sagen, was jetzt nötig ist und was nicht nötig ist, sondern am Ende bleibt es die Verantwortung der Bezirke, und dann hoffen wir so ein bisschen auf die Macht des Faktischen, dass sich die einfachste und sicherste Lösung durchsetzt, beziehungsweise versuchen wir, das über den Sollprozess auch so ein bisschen glattzuziehen. Das ist im Moment die Hoffnung.

Was bedeutet das ganze Thema für den Industriestandort? – Wir glauben natürlich, dass Glasfaser von Unternehmen auch noch mal ein bisschen eher benötigt wird und für sie einen kleinen Zacken wichtiger ist als für Privathaushalte, weil dort einfach höhere Bandbreiten benötigt werden. Wer allerdings die Zulieferprodukte liefert, dazu haben wir keine Übersichten. Ich weiß nicht, ob sich die TKUs dazu äußern könnten, aber ob wir relevante Berliner Zulieferer für den Glasfaserausbau haben, ist uns jetzt erst mal nicht bekannt.

Mit dem Universaldienst von 10 Megabit pro Sekunde können Sie nicht mal Netflix schauen. Es ist natürlich schön, dass das erst mal als Mindeststandard in Deutschland definiert wurde,

aber am Ende gehen wir davon aus, dass das perspektivisch nicht mehr vielen weiterhilft. Dafür braucht man logischerweise auch keine Glasfaser, dafür reicht Kupfer. Allerdings bin ich im Moment, offen gestanden, überfragt, ob es ein Grundrecht auf den Mindesttarif gibt, der dann auch in der Höhe vorgeschrieben ist und wie das sichergestellt ist. Ich weiß gar nicht, ob die TKUs das wissen, aber das würde ich an sie weitergeben.

Dann kam noch die Frage: Was ist überhaupt gigabitfähig? – Wie gesagt, Kupfer ist es nach Stand der Technik für uns jetzt nicht. Koaxialkabel sind es, weil Versuche gezeigt haben, dass man 1 Gigabit pro Sekunde durch Koaxialkabel bekommt, allerdings nicht symmetrisch, und auf Dauer ist unser Ziel ja 1 Gigabit pro Sekunde symmetrisch, also Upload und Download – deswegen die Zielsetzung, bis 2025 inklusive Koaxialkabel. Es gilt als gigabitfähig, aber die eigentlich wahre Gigabitverbindung ist das Glasfaserkabel.

Dann gab es die Frage nach der OZG-Lösung. Das Land Berlin wendet nicht die OZG-Lösung an. Wir waren deutlich schneller. Also wenn wir auf das OZG gewartet hätten, dann hätten wir das System heute noch nicht in der Form. Deswegen mussten wir aus dem Bereich ausbrechen. Wir hatten allerdings – und das kann man auch nicht verhehlen – ja auch schon gute Grundlagen und gute Voraussetzungen über dieses System von Infrest und das FIS-System, das bei der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen betrieben wird, sodass wir vor zwei Jahren noch zwei, drei Module anbauen mussten, damit es als Ende-zu-Ende-digitalisiert gilt plus verkehrsrechtliche Anordnung, aber die angesprochene Schnittstelle der Telekom ist dann die Schnittstelle zum OZG-System, an der wir gerade arbeiten, damit wir OZG-kompatibel sind.

Zusammenarbeit mit dem Bund: Erst gestern fand eine Staatssekretärsrunde zum Thema Gigabitstrategie des Bundes statt. Da werden die ganzen Themen besprochen. Berlin hat – Stand jetzt – keine Gesetze geändert, um zu schnelleren Genehmigungsverfahren zu kommen, sondern wir versuchen, das über die Prozesse zu machen. Der Bereich ist durch das TKG und die Genehmigungsfiktion relativ gut aufgestellt. Ich glaube, die anderen Infrastrukturbetreiber sind darüber auch etwas unglücklich, weil sie nämlich keine Genehmigungsfiktion im Berliner Straßengesetz haben und das an der Stelle natürlich am Ende, offen gestanden, auch im TKG einer der größten Hebel ist, um zu einer verlässlichen Bearbeitung zu kommen. Das können die anderen halt nicht. Die müssen wirklich warten, bis sie eine Antwort kriegen. Auch das ist Teil der Wahrheit, und wahrscheinlich ist in den 60 Stellen noch nicht drin, Herr Igel, dass Strom und Wasser wahrscheinlich auch noch mehr investieren werden, was insgesamt den Druck auf die SGÄ noch weiter erhöhen wird und die Dringlichkeit der Stellenaufstockung noch mehr bewusst macht.

Wir wollen uns mit der Gigabitstrategie jetzt auch nicht vordrängeln. Ich bin dafür verantwortlich, und wir haben uns da jetzt auf den Weg gemacht, aber es gibt auch im Bereich von Infrest durchaus eine gewisse Unruhe bei den anderen Infrastrukturträgern, was dann eigentlich aus ihren eigenen Anträgen wird, weil sie sehen, wie stark unsere Zahlen ansteigen. Das kann man an dieser Stelle trotzdem auch noch mal sagen. – Ich hoffe, ich habe jetzt das meiste, zumindest das, was in Richtung Verwaltung ging, abgeräumt. Das wäre es erst mal von meiner Seite. Danke schön!

Vorsitzender Christian Wolf: Vielen Dank! – Wir machen weiter mit der Anzuhörendenliste. – Herr Brozio! Sie wurden ja auch angesprochen. Vielleicht haben Sie eine kurze Stellungnahme zu der Frage des Abgeordneten.

Volker Brozio (BlnBDI; kommissarischer Leiter): Vielen Dank! – Die Frage zielte auf den Zugriff und die Abgabe von Eigentümerdaten/Grundstückseigentümerdaten an Telekommunikationsunternehmen. Eigentümerdaten/Grundstückseigentümerdaten sind in Berlin grundsätzlich zentral in zwei Registern erfasst. Das ist einmal das Grundbuch, und dann ist es das Liegenschaftskataster. Die Eigentümerdaten werden zwischen diesen beiden Registern regelmäßig aktualisiert. Im Liegenschaftskataster sind im sogenannten Liegenschaftsbuch alle Daten über ein Grundstück erfasst. Das beginnt mit Größe, Lage bis hin zur Flurstücksnummer und dann eben auch den Eigentümerdaten zu diesem Grundstück. Das Liegenschaftskataster wird im sogenannten ALKIS geführt – das ist das Amtliche Liegenschaftskatasterinformationssystem –, das auch digital vorliegt, und Auskünfte aus diesem ALKIS können beantragt werden. Enthalten sie keine Eigentümerangaben, dann ist das relativ problemlos möglich. Jedermann, jedefrau kann dann einen entsprechenden Antrag online an die entsprechenden Vermessungsstellen richten. Soweit Grundstückseigentümerdaten abgefragt werden, braucht es tatsächlich ein berechtigtes Interesse, das vorliegen muss. Das ist, glaube ich, in § 17 Absatz 3 Vermessungsgesetz so geregelt. Das berechtigte Interesse kann ein rechtliches, ein wirtschaftliches oder auch ein sonstiges, zum Beispiel ein wissenschaftliches Interesse sein, und dieses Interesse muss glaubhaft gemacht werden. Die Glaubhaftmachung ist sozusagen die Hürde, um die reine Neugierabfrage auszuschalten oder abzuwehren. Die Glaubhaftmachung muss den Sachverhalt und das berechtigte Interesse im Sinne einer Nachvollziehbarkeit und Plausibilität darlegen. Die Hürde ist nicht sehr groß. Es muss, wie gesagt, plausibel dargelegt werden, dass dieses berechtigte Interesse besteht.

Es gibt gewisse Privilegierungen für bestimmte Bereiche, die kein berechtigtes Interesse nachweisen müssen. Das sind zum Beispiel Notare, Vermessungsstellen, die Verwaltung, aber eben auch öffentliche Unternehmen der Energie-, Abfall- und sonstigen Versorgung. Jetzt habe ich mitbekommen, dass es hier Bestrebungen gibt, vielleicht auch die Telekommunikationsunternehmen in diesen Bereich der Privilegierung miteinzubeziehen und dann entsprechende Gesetzesänderungen vorzunehmen. Ich gebe zu bedenken, dass die Netzbetreiber immer noch Privatunternehmen sind und durchaus auch private Interessen verfolgen. Es mag ja eine Schnittmenge mit dem öffentlichen Interesse des Netzausbaus geben, aber es geht ja hier auch um Kundendaten, die die Unternehmen dann generieren. Insofern müsste man sich das dann genau angucken, aber ich sehe da natürlich auch die Versicherungswirtschaft, die ähnliche Interessen hat, ich sehe die Wohnungs- und Immobilienwirtschaft, die entsprechende Interessen hat. Also ich rege an, darüber noch mal nachzudenken vor dem Hintergrund, dass eben das berechtigte Interesse und die Glaubhaftmachung wirklich keine sehr große Hürde sind, und ich gehe davon aus, dass wir, wenn es solche gesetzlichen Bestrebungen gibt, entsprechend eingebunden werden, um dann vielleicht auch im konkreten Gesetzgebungsverfahren noch mal Stellung nehmen zu können. – Danke schön!

Vorsitzender Christian Wolf: Vielen Dank, Herr Brozio! – Ich gucke ein bisschen auf die Zeit. Der Ausschuss ist bis 12 Uhr geplant. Wir haben noch den Tagesordnungspunkt 3, bei dem wir uns verständigen könnten, ihn kurz zu halten oder sogar zu vertagen. Ich möchte trotzdem den TK-Unternehmern die Möglichkeit geben, Stellung zu nehmen zu den Fragen

der Abgeordneten. Deswegen fahren wir fort mit Herrn Knohr mit der Bitte um kurze Antworten.

Daniel Knohr (DNS:NET Internet Service GmbH): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich versuche, es kurz zu halten. – Herr Lehmann – mit einem Zwinkersmiley versehen –, hätten Sie den Drückerkolonnen mal zugehört! 1&1 bietet einen 250-Mbit-Tarif an, wir einen 500-Mbit-Tarif, und wir liegen preislich sehr identisch. – [Jan Lehmann (SPD): Weiß ich!] – Insofern stellt sich die Frage nach dem Mehrwert ja eigentlich nicht, weil wir die doppelte Leistung für den gleichen Preis anbieten. Aber Sie haben natürlich ein bisschen einen Punkt angesprochen – wieder zurück zur Ernsthaftigkeit –, nämlich Kostentransparenz. Ich glaube, jedem TK-Unternehmen in Deutschland ist klar, dass das Thema Kostentransparenz noch viel besser gestaltet werden muss. Jeder von Ihnen kennt das auch im privaten Bereich: Mobilfunktarife, die sich andauernd verändern, ständig gibt es irgendwas Neues. Da als Otto Normalverbraucher durchzublicken, ist tatsächlich gar nicht so ganz einfach. Insofern nehme ich diesen Punkt Kostentransparenz und eine bessere Flyergestaltung mal mit.

Der Anteil kritischer Infrastrukturen auf oberirdischen Leitungen ist bei uns tatsächlich im Promillebereich. An Stromüberlandleitungen kann das mal sein, aber sonst ist das eher nicht der Fall. Alle TK-Unternehmen in Deutschland sind natürlich in einem sehr engen Austausch auf der einen Seite mit der Bundesnetzagentur und auf der anderen Seite auch mit den entsprechenden Stellen im Bundesministerium des Innern, um da tatsächlich bestmögliche Vorkehrungen zu treffen.

Eine Frage, die aufkam, war das Thema: Geld ist nicht das Problem. – In der Tat, das klingt so salopp, aber der Markt ist mit ausreichend Geld ausgestattet – um es mal so zu formulieren. Natürlich wirkt sich die Ausschüttung von mehreren Milliarden Euro in diesen Markt nicht darauf aus, dass es günstiger wird, sondern ganz im Gegenteil: Es wird teurer. Wir merken das, sehr wesentlich sogar. Die Baukosten haben sich in den letzten Jahren – Herr Vogler, was würden Sie sagen? – verdoppelt, verdreifacht, hätte ich fast gesagt. Also da ist schon ordentlich Bewegung nach oben drin. Jetzt wird es im kommenden Jahr ein erneutes Förderprogramm des Bundes geben, das „Graue-Flecken-Programm 2.0“ – wie immer es dann wirklich heißen wird –, wo natürlich wieder noch mehr Geld in den Markt gepumpt wird. Unser großes Interesse als TK-Unternehmen dabei ist natürlich, dass Förderung tatsächlich auch nur dort stattfindet, wo sie wirklich notwendig ist, also wo tatsächlich in absehbarer Zeit niemand eigenwirtschaftlich ausbaut. Wir wirken in allen Gremien, die es gibt, darauf hin, dass das dann tatsächlich auch so passiert.

Mehrere Kabel in einer Straße – wurde jetzt schon vermehrt angesprochen. Wir sind als DNS:NET ein großer Verfechter des Themas Open Access. Wir wollen unsere Netze für andere zugänglich machen. Ich glaube, auch das ist ein Thema, das in der Gigabitstrategie für alle eine Rolle spielen sollte. Ob das ein Plan ist, den dann tatsächlich auch jedes Unternehmen verfolgen möchte an der Stelle? – Herr Vogler hat vorhin auch gesagt, an manchen Stellen wird er unser Netz nutzen, und an manchen Stellen werden wir sein Netz nutzen. Genauso wird es am Ende funktionieren müssen, damit wir eben nicht in die Verlegenheit kommen, drei Netze, die sich vielleicht doch wirtschaftlich rechnen, in der Straße zu haben, sondern eben nur eins, und dann den Wettbewerb auf der Diensteebene stattfinden lassen und nicht auf der Infrastrukturebene.

Transparenz für den Ausbau: Ja, Transparenz für den Ausbau und die Idee, allen rechtzeitig mitzuteilen, wo wir planen auszubauen – ich glaube, da kann ich für jedes TK-Unternehmen sprechen –, ist eine sehr schwierige Aufgabe, um nicht zu sagen, eine unüberwindbare, ehrlich gesagt, weil wir – Herr Askar hat es vorhin gesagt – im Wettbewerb zueinander stehen, und wenn wir alle sehr transparent wären, wäre das am Ende ein Superziel für uns alle, aber ich glaube, der Weg dorthin wird ein sehr schwieriger. Ich kann mir nicht vorstellen, dass das in den nächsten Jahren, gerade weil so viel Geld am Markt ist und gerade weil jeder schnell sein muss, ein Ziel ist, das man jetzt intensiv verfolgen sollte, ehrlich gesagt.

Glasfaser und 5 G wurde schon angesprochen.

Kooperation mit Brandenburg: Ja, jedes TK-Unternehmen, das nicht nur im Berliner Raum agiert, und ich glaube, das tut keines ausschließlich, kooperiert natürlich mit den an Berlin angrenzenden Landkreisen. Wir bauen beispielsweise in der Randlage von Berlin aus natürlich in Brandenburg, natürlich in Berlin und haben da auch ganz gute Verbindungen zu den jeweils kommunal Verantwortlichen auf Brandenburger und auf Berliner Seite. Insofern findet das aus unserer Sicht schon ganz gut statt. – Zum Rest hat Herr Askar schon sehr ausführlich gesprochen. Insofern habe ich jetzt auf meinem Zettel gar nichts mehr. – Herr Vogler! Sie haben bestimmt noch Ergänzungen.

Vorsitzender Christian Wolf: Wunderbar! – Dann sind Sie dran, Herr Vogler!

Alexander Vogler (Deutsche Telekom Technik GmbH): Vielen Dank! – Ich gehe mal der Reihe nach durch. Zu den unterversorgten Gebieten, Herr Askar, haben Sie, glaube ich, genug gesagt. In der U-Bahn ist es so: Die BVG baut zusammen mit dem Partner Telefónica das LTE-Netz aus. Das ist auch unser Partner am Ende, und der hat aktuell einige Probleme, wie mir bekannt ist, beim Thema Hardwarelieferungen und kommt deswegen in Verzug, und damit hängt auch eine Vodafone und eine Telekom einfach an dem Verzug mit dran, weil es in der U-Bahn natürlich wenig Sinn macht, drei verschiedene Netze aufzubauen. Das ist in allen Städten so. Einer baut es aus – übrigens auch im Fußballstadion et cetera, das baut in der Regel auch einer aus –, und die anderen nutzen das Ganze, weil der Platz überhaupt nicht da ist.

Zum Thema Ausfall 8. Oktober: Bei der Deutschen Telekom gibt es keine oberirdischen Kabel, die systemrelevant sind. Ein Kabel, das zum privaten Kunden hinget, ist nicht systemrelevant, und alle größeren Kabel liegen definitiv in der Erde. Aus der Historie heraus kann man auch sagen, dass die Deutsche Telekom Bahntrassen, Autobahnen et cetera meidet. Das kommt ganz einfach aus der Zeit des Kalten Krieges, wo ganz bewusst die Trassen der Deutschen Bundespost nicht an die großen Trassen gelegt wurden, weil – man sieht es jetzt leider Gottes in der Ukraine – das die ersten Angriffsziele sind. Daher sind wir dort nicht. Wir haben ganz enge Abstimmungen mit den deutschen Bundesbehörden. An der Stelle können Sie mal davon ausgehen, dass die Deutsche Telekom – in Anführungszeichen – noch eine Behörde ist. Wir haben ja doch noch einen guten Anteil Bundesbesitz, und wir sind da in ganz enger Abstimmung, auch was die Sicherheit, die Vorbereitung für den Katastrophenfall angeht. Wir haben unsere Technik an den großen Standorten gedoppelt. Das heißt, wenn ein Standort ausfällt, übernimmt automatisch der andere das, und zwar in so einem Tempo, dass es der Kunde gar nicht merkt. Wir haben an allen größeren Standorten Notstromaggregate, große Dieselgeneratoren, und auch für den Notfall ist geklärt, dass dann das Militär die Versorgung über-

nimmt, wenn dieser Notfall eintreten sollte, weil natürlich irgendwann, nach einigen Tagen, der Dieselvorrat ausgeht, und dann wird die Bundeswehr uns an der Stelle – ich sage immer, sofern sie es kann, und das ist nicht schlecht über die Bundeswehr gesprochen, sondern man weiß ja nicht, wie die Bedrohungslage ist – entsprechend ausstatten. Es gibt auch ganz klare Regularien. Das kenne ich von meiner eigenen Person, ich habe immer in schriftlicher Form meine Unterlagen bei mir, wenn der Fall eintritt, wo ich mich zu melden habe, wo ich hinzugehen habe mit entsprechenden Passierscheinen et cetera. Ich glaube, da sind wir ganz gut gerüstet.

Thema Trenching: Ja, wir würden es gern anwenden, wobei ich sage, weniger Trenching, sondern mehr Mindertiefe. Die Diskussionen und Vorführungen helfen. Ich gebe natürlich immer zu bedenken: Die ganzen Diskussionen, die jetzt die Ingenieure führen – ich bin seit 30 Jahren im Tiefbau, und ich bin auch Ingenieur –, haben wir alle in der Gesetzgebung des TKG schon mal geführt in den letzten drei, vier Jahren, und der Bund hat sich entschieden, das Ganze ins Gesetz aufzunehmen. Von daher sage ich immer: Okay, das Thema ist irgendwo durch den Bahnhof. Das Gesetz ist verabschiedet, und man sollte in die Umsetzung gehen. Das Problem ist – es gab ja vorhin auch die Frage bezüglich der Umsetzung –: Aktuell habe ich keine Genehmigungen für Mindertiefe. Das heißt, ich müsste dann ins Klageverfahren vor das Verwaltungsgericht, und dann steht der Breitbandausbau zwei bis drei Jahre an der Stelle. Das ist einfach so, muss man wissen.

Thema: mehr Geld in den Markt. Auch Herr Knohr hat sehr deutlich gesagt: Wir haben kein Geldproblem im Markt, da ist genügend Geld bei allen Anbietern vorhanden. Eines der Hauptthemen ist das Thema Genehmigungen. Das hat Herr Igel auch gesagt. Wir haben in allen Kommunen das gleiche Problem, dass natürlich Unternehmen bei Personal schneller agieren und reagieren können, als das eine Kommune kann, denn ich kann im Notfall auch Personal aus Osteuropa, Westeuropa dazuholen, was für eine Stadt wie Berlin eher schwierig ist. Das heißt, das ist schon ein Thema. Das zweite große Thema sind die Tiefbauressourcen, aber auch da sind wir mittlerweile in ganz Europa. Aus allen west- und osteuropäischen Ländern sind mittlerweile die Tiefbauunternehmen in Deutschland, weil die Länder zum Teil im Glasfaserausbau weiter sind und daher bei denen die Arbeit einfach runtergeht. Ich glaube, die freuen sich, dass sie in Deutschland arbeiten können.

Das Thema parallele Infrastruktur hatten wir, das ist einfach gesetzlich gewünscht. Wir können unsere Ausbauten auch nicht abstimmen, da kann auch der Herr Askar nichts machen, denn dann sitzen wir alle drei in Gefängnis. Das ist nämlich Kartellrecht, und die schauen da sehr wohl drauf. Ich war zum Teil an den Verfahren der Deutschen Telekom und der EWE TEL in Norddeutschland beteiligt. Es hat Jahre gedauert, bis beim Kartellamt durch war, dass wir hier gemeinsam den Ausbau machen können. Das ist also nicht so einfach.

Auskunft haben wir als Telekom zu den Adressen geliefert. Was wir nicht liefern, sind Leerrohre und die Information, wo unsere Trassen dann liegen. Natürlich kann jeder nachschauen, dass hier eine Telekomtrasse liegt, aber nicht, was dort liegt, also weder Rohre noch Glasfaser. Das ist ein Sicherheitsthema, und gerade in der Stadt Berlin ist das ein sehr großes Sicherheitsthema. Wir haben hier das Regierungsviertel, und ich durfte erst letztes Jahr einen Mitarbeiter eines Subunternehmers bei der Polizei abholen beziehungsweise persönlich auslösen, weil er vor der russischen Botschaft nachts ein Gehäuse aufgemacht hat, ohne ordnungs-

gemäß angemeldet gewesen zu sein. Also hier in Berlin gibt es sehr große Sicherheitsbedürfnisse der Regierung und auch von uns.

Thema Eigentümerdaten hatten wir bereits. Das Thema Vorderhaus/Hinterhaus war eine Frage. Wenn wir ausbauen – ich glaube, das gilt für alle –, machen wir in der Regel immer vorher eine Befragung, ich sage immer, mit Google-Autos. Die sind natürlich mittlerweile deutlich genauer. Was wir inzwischen auch machen, gerade in Berlin, weil wir dort die Situation Vorderhäuser/Hinterhäuser haben, sind Begehungen mit Menschen. Wir zählen wirklich, wir klingeln, wir gucken wirklich, wo das ist, und sollten wir mal ein Haus vergessen haben, ist das nicht dramatisch, denn bei FTTH baut jeder Wettbewerber so, dass sie in dem Röhrenverband, den sie verlegen, immer Reserven an Röhren mitführen, denn es kann ja auch zu einer Grundstücksteilung kommen. Sie haben heute ein Grundstück, das größer ist, und später kommt jemand und baut darauf drei Häuser. Wenn Sie dann keine Vorräte haben, müssten Sie komplett neu bauen, und das ist völlig unwirtschaftlich. Also wenn der Graben offen ist, legt jeder Vorräte mit rein, und dann kann man Hinterhäuser oder Grundstücksteilungen jederzeit abfangen. Das ist also aus heutiger Sicht kein Problem.

Der Wunsch nach Bearbeitungszeiten: Keine Angst, kein Carrier kommt hier mit irgendwelchen Wünschen wie ein Tag oder vier Tage! Wir überlegen uns ja auch, wann wir ausbauen, und das fällt ja nicht vom Himmel. Ich sage immer, vier bis sechs Wochen ist eine ordentliche Genehmigungszeit. Alles, was darüber hinausgeht – sage ich persönlich –, ist sinnbefreit. Es gibt Städte, da kommt dann nach zwei Monaten und 28 Tagen die Genehmigung, wo ich persönlich immer sage: Warum habt ihr euch die Arbeit gemacht? Drei Tage später wäre die Fiktion von allein dagewesen. Also das Geld hättet ihr dem Steuerzahler sparen können und euch sparen können, euch die Arbeit zu machen und das Schreiben zu schicken. – Deswegen sage ich: Vier bis sechs Wochen ist für uns völlig okay. – Herr Knohr, ich denke das ist bei euch genau das Gleiche. – Er nickt.

Zum Thema Inhouse-Netze: Ich glaube, alle bauen mittlerweile sehr stark FTTH. Natürlich gibt es immer Fälle, wo jemand sein Treppenhaus gerade neu renoviert und leider Gottes nicht daran gedacht hat, dass man vielleicht Glasfaser mitverlegt, und jetzt kommen wir um die Ecke und wollen dort ausbauen. Wir können dann im Notfall – alle Carrier, glaube ich – auf FTTB gehen. Das heißt, wir gehen dann in den Keller mit Glasfaser, setzen um aufs bestehende Kupfernetz, erreichen damit im Regelfall 1 Gigabit in den Wohnungen, und dann kann man bis zur nächsten Renovierung oder bis zum nächsten Streichen auch warten und dann mit FTTH nachziehen. Das bietet auf jeden Fall jeder Carrier an, und was ich aus dem Markt auch kenne, ist, dass es auch jeder umsonst anbietet. Also an der Stelle entstehen dem Immobilieneigentümer keine Kosten.

Dann war die Frage: Wie lange hält Glasfaser? – Herr Askar, ich würde sagen, unendlich lange. Da muss man sich einfach die Historie der Glasfaser anschauen. Wir haben irgendwann Ende der Achtzigerjahre damit begonnen, und wenn man sieht, was wir heute über eine Glasfaser übertragen, dann sind wir im Regelbetrieb bei 400 Gigabit über eine einzelne Faser. Im Labor sind wir schon bei 1 000. Jetzt werden Sie sich fragen: Wie geht denn das? – Man schickt einfach durch die Faser verschiedene Farben, ich sage jetzt mal, Rot, Grün, Blau, in Wirklichkeit sind es lauter Rotspektren, und bisher funktioniert es sehr gut, dass auch auf der Glasfaser 1 000 verschiedene Spektren nebeneinander durch die Faser gehen und man sie hinten wieder trennen kann. Die Faser zeigt aktuell null Komma null Ansätze zu sagen: Mag ich

nicht mehr, will ich nicht mehr. – Das heißt, wir sind heute schon – und das funktioniert im Labor sehr gut – bei 1 000 Gigabit, und da sage ich jetzt mal persönlich: Den Privathaushalt, der 1 000 Gigabit verbraucht, den möchte ich in meinem Leben noch kennenlernen, und ich habe vor, noch einige Jahre zu leben. Ich glaube, mit 1 000 Gigabyte können wir uns beamen, dann sind wir also wirklich bei Fiktionen in die Zukunft. Deswegen glaube ich nicht, dass wir nach der Glasfaser in absehbarer Zeit noch mal aufgraben werden.

Die Frage Kupfer/Glas habe ich beantwortet. Wir bauen alle FTTH, und wenn es nicht anders geht, FTTB. Wir bauen kostenlos sowohl im Gehweg wie auch im Haus, und ich kenne keinen, der es anders macht. Bei uns ist es auch so, dass die großen Carrier, also 1&1, Vodafone, Telefónica et cetera mittlerweile alle Verträge mit der Telekom haben. Jetzt kommen die kleineren. Es liegt in der Natur der Sache, dass man mit den Großen anfängt. Das heißt, in der Regel wird das Telekomnetz von allen genutzt. Für uns kann ich sagen: Ausbau mit Brandenburg bringt bei uns nichts, denn wir haben nach wie vor auch aus Sicherheitsgründen gewisse Vorgaben der Bundesnetzagentur, wie unser Netz gestaltet ist, und wir bauen nach dem Vorwahlbereich 030 aus, das heißt, wir kommen dahin, und wir haben in Berlin überall Glasfaser oder Rohre liegen. Von daher ist nicht unser Problem, dass ich aus Brandenburg irgendwas bringen muss.

Neubaugebiete: Herr Askar! Sie hatten gesagt, da gibt es eine Verpflichtung. Ich kenne auch kein Berliner Neubaugebiet oder irgendwelche Dinge, die nicht ausgebaut werden. Da baut immer irgendeiner aus. Es ist nicht immer die Telekom, aber es baut immer einer aus.

Das Thema Koaxialkabel hatten wir auch. Das Koaxialkabel – und wir als Telekom haben das Netz ja mal gebaut und mussten es dann verkaufen – hält locker noch einige Jahre, wie übrigens auch das Kupferkabel, aber es ist elementar wichtig, dass wir jetzt Glasfaser bauen, weil einfach der Ausbau so einer Stadt acht bis zehn Jahre dauert und wir ansonsten das öffentliche Leben lahmlegen würden. Also man kann die Stadt auch in einem Jahr ausbauen. Wenn wir die Bürger mal kurz ein Jahr in Urlaub schicken, bauen wir sie in einem Jahr aus. Das ist aber alles Utopie. In der Realität brauchen wir einige Jahre, und solange werden uns auch die Netze tragen.

Zum Thema Kosten: Mindertiefe graben ist circa 25 Prozent günstiger. Das liegt aber nicht an der Mindertiefe, sondern an der Oberfläche, denn wenn Sie einen Graben mit 30 Zentimetern bauen, dann haben Sie einen Rückschnitt. Dann haben Sie 60 Zentimeter Oberfläche. Wenn Sie einen Graben mit 15 Zentimetern bauen, dann haben Sie nur 45 Zentimeter Oberfläche, das heißt, Sie sparen einfach 25 Prozent Oberfläche, und die Oberfläche ist beim Tiefbau der teure Faktor. Der Graben kostet auch Geld, aber die Oberfläche ist der entscheidende Faktor. Der kostet richtig Geld.

Jetzt ist die Dame gegangen, die nach der Mindestbandbreite gefragt hatte. Da laufen jetzt erste Anfragen der Bundesnetzagentur, wie das weitergeht. Die Bundesnetzagentur hat sich ein Verfahren überlegt, wie sie dann festlegt, welcher Anbieter dort ausbaut. Also die können dann kommen und sagen: Herr Knorr! Sie bauen bitte für die DNS:NET aus. – Oder: Herr Vogler! Die Telekom baut. – Und dann gibt es irgendwann einen Topf, aus dem das Geld kommt, aber es gibt noch kein Verfahren, das aktuell hier zuschlägt, und ich glaube auch, in der Stadt Berlin wird das eher nicht zuschlagen, weil der Ausbau schneller vonstattengeht als solche Verfahren.

Sicherheit hatte ich vorhin schon angesprochen. Lieferkettenprobleme – dabei kann ich für die Telekom sprechen. Was Glas, Rohre et cetera angeht, haben wir keine Lieferkettenprobleme. Wir haben auch Reichweiten in unseren Lagern von sechs Monaten und mehr. Da kommt auch regelmäßig Nachschub. Da gibt es eher mal ab und zu das Thema der Logistikdienstleister, weil sie diese Massen an Trommeln, die da sind, auch bewegen müssen. Das können Sie sich überlegen: Auf einer Trommel sind 3 Kilometer Glasfaser. Die Deutsche Telekom baut im Jahr 100 000 Kilometer, und die Glasfasern sind auf den kleinen Trommeln, die Röhrchen sind auf den großen Trommeln. Davon brauchen Sie also noch viel mehr. Das heißt, da gibt es keine.

Was es sehr wohl gibt, ist das Thema Lieferprobleme bei Hardwarebaugruppen. Das ist so. Das können Sie jeden Tag verfolgen, bei jedem Autobauer. Ich hatte privat das Glück oder Pech, dass Spül- und Waschmaschine vor Kurzem hintereinander kaputtgegangen sind. Da haben Sie das gleiche Thema. Sie brauchen nicht mehr irgendwo hinzugehen und über irgendwelche Preise verhandeln. Sie können froh sein, wenn Sie eine Waschmaschine mitnehmen können. Wenn man Kinder hat, ist das sehr interessant. Von daher hat bei den Hardwarethemen, sage ich da immer, die Deutsche Telekom eine andere Marktposition bei dem Thema, und sie wird in der Regel natürlich eher beliefert als andere Lieferanten, weil wir einfach viel größere Mengen kaufen.

Dann war noch die Frage Huawei. Das ist keine Entscheidung mehr, die die Telekom trifft, sondern diese Entscheidung trifft mittlerweile der Staat bzw. hier auch EU et cetera. Es gibt Huawei bei uns im Netz in den unteren Netzebenen, denn da ist es auch eingebaut. Das können Sie gar nicht so schnell rausbauen. Untere Netzebene heißt immer, vom Haus des Kunden irgendwo zu unserem Technikgebäude. Bei allem, was obere Netzebenen sind, ist Huawei inzwischen eliminiert und durch Technik, jetzt sage ich mal vorsichtig, von Bündnispartnern ersetzt, die da im Netz drin ist.

Dann vielleicht noch das Thema Abstimmungen zu Baumaßnahmen – es läuft bei jeder Baumaßnahme eine Abstimmung, aber Sie sollten auch eines wissen: Die Vorstellung, da macht ein Wasserbetrieb einen Graben auf, und dann legen wir eine Glasfaser mit rein, wird nicht stattfinden, weil es auch wenig Sinn macht, sondern in der Regel, gerade in Berlin, ist der Gehweg breiter. Der ist 2 Meter breit oder breiter, und da gibt es Zonen, die eingeteilt sind. In der einen Zone liegt Wasser, in einer anderen liegt Gas, in einer anderen liegt Strom, und in einer anderen liegt Telekommunikation. Das macht übrigens auch sehr viel Sinn. Wenn Sie jetzt einfach sagen, jeder wurstelt überall seine Sachen mit rein, machen Sie zwar etwas weniger Tiefbau beim Auslegen, aber, ich glaube, der Herr Igel kriegt dann furchtbar graue Haare in der Zukunft beim Betrieb seiner Gehwege, denn es wird wirklich schwierig, wenn Sie in Zukunft die Gehwege öffnen und an die Wasserleitungen wollen, und oben drauf liegt eine 1 Meter breite Batterie an Glasfaserkommunikationsanlagen. Dann wird es etwas schwierig, an die Wasserleitungen da unten ranzukommen, und gerade bei der Wasserleitung tritt ja dann doch meist der Notfall ein, wenn die bricht, und dann wird es richtig ärgerlich. Deswegen, glaube ich, ist es gut, dass man diese Zonen hat. Ja, dadurch wird ein Gehweg durchaus zweimal aufgegraben, wenn man die Wasserleitung baut und wenn wir bauen, aber man schaut auch dann, ob man es eventuell ins gleiche Zeitfenster kriegt, die gleichen Firmen einsetzt et cetera. Die Abstimmungen laufen immer auch im Interesse der Bürger. – Danke schön!

Vorsitzender Christian Wolf: Vielen Dank, Herr Vogler! – Herr Bezirksbürgermeister! Sie haben die Möglichkeit, die Stellungnahme zu vervollständigen.

Bezirksbürgermeister Oliver Igel (BA Treptow-Köpenick): Vielen herzlichen Dank! – Ich brauche nur noch auf die Fragen der Abgeordneten Schulze und Machulik eingehen. Zunächst fragte Herr Schulze zu der Haushaltsberatung und der Einbringung der Stellenanmeldung. Da sind zwei Punkte zu beachten. Erstens ist der Glasfaserausbau Teil der politischen Erklärung – ein Themenfeld, wo eine Zielvereinbarung zwischen den Bezirken und dem Senat abgeschlossen werden soll. Im Rahmen dieser Zielvereinbarung mit gesamtstädtischer Bedeutung sollten auch die erforderlichen Ressourcen verhandelt werden. Das heißt, in diesem Prozess wird das eingebracht. Ich habe das vorhin so vorgetragen, dass ich denke, dass wir nachvollziehbar die Bedarfe begründen können.

Nun ist die Frage, ob wir mit dem Prozess der Zielvereinbarung in die reguläre Haushaltsberatung nächstes Jahr kommen. Wenn das nicht gelingen sollte, würde ich parallel über die zuständige Senatsverwaltung die fachlich-inhaltlich, das wäre dann die Senatsverwaltung für Umwelt, Mobilität, Verbraucher- und Klimaschutz, auch einbringen, dass für die Bezirke diese Stellenanmeldung vorgenommen wird. Eines der beiden Dinge wird greifen, entweder im Rahmen der Zielvereinbarung oder regulär im Rahmen der Haushaltsberatung.

In der Tat, die 60 Vollzeitäquivalente, die wir errechnet haben, sind nur für den Komplex Glasfaserausbau. Uns ist natürlich bewusst, dass dieser Prozess für die nächsten acht Jahre relevant wird und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter natürlich dauerhaft eingestellt werden sollen. Wir gehen allerdings aufgrund der Situation in den Straßen- und Grünflächenämtern davon aus, dass das Personal, das mit dieser Aufgabe nach 2030 nicht mehr betraut wird, entweder Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ersetzt, die in den Ruhestand gehen, oder aber, dass es schlicht und ergreifend zur Qualitätsverbesserung in den Straßen- und Grünflächenämtern bei anderen Prozessen Aufgaben geben wird, die dann zu bewältigen sind.

Die Frage von Herrn Machulik war noch: Was ist eigentlich die Inhaltsschwere der Aufgabe? – Ich habe ein bisschen was vorhin genannt. Es ist natürlich auch immer mal der Einzelfall zu betrachten, ob beispielsweise noch Fragen des Naturschutzrechtes, des Denkmalschutzes, des Wasserhaushaltsrechtes oder spezieller Straßenverhältnisse dort in dem Einzelfall in dem Vorgang zu prüfen sind. Das heißt, es kann gesagt werden, was grob abgeprüft werden muss, und am Ende, das ist auch deutlich geworden, ist natürlich die Dokumentation. Deswegen sind die Antragsverfahren natürlich wichtig, denn wir wollen ja eben dokumentieren, wo künftig was liegen soll, und das dann auch für die Zukunft greifbar machen.

Über die Öffentlichkeitsarbeit ist jetzt auch noch mal gerade gesprochen worden. Das wird natürlich eine Herausforderung, wenn die Berlinerinnen und Berliner an jeder Ecke Bauarbeiten sehen. Das ist alles in den Antragsverfahren jeweils im Einzelfall auch zu berücksichtigen.

Schließlich hatten Sie nach der Gebäudestruktur der Bezirke oder überhaupt der öffentlichen Verwaltung gefragt. Da sind wir Kunde. Wir sind auch Kunde, und es gibt, das kann ich an der Stelle sagen, ein Telekommunikationsunternehmen, das sich darauf spezialisieren möchte, alle Schulen im Land Berlin anzuschließen. Wir sind nicht diejenigen, die aufgrund der Gebäude etwas einbringen in den Prozess, aber wir sind diejenigen, die auch Interessen haben, dass das bei unseren bezirklichen Gebäuden ankommt. Wenn es gelingen sollte, in kürzerer

Frist als bis 2030 beispielsweise alle Schulen, das sind um die 600 im Land Berlin, entsprechend an das Netz zu bringen, wäre das ein sehr großer Vorteil auch für unser Bildungssystem.

Vorsitzender Christian Wolf: Vielen Dank! – Weitere Redebeiträge habe ich jetzt auf der Liste seitens der Abgeordneten nicht erkennen können. Dann gehe ich davon aus, dass wir den Punkt 2 vertagen, damit das Wortprotokoll erstellt werden kann und von uns entsprechend ausgewertet wird. Besteht darüber Einverständnis? – Das kann ich erkennen. Dann bedanke ich mich bei den Anzuhörenden, Herr Knohr, Herr Vogler, und dem Bezirksbürgermeister Herrn Igel für die Teilnahme an der Sitzung und die ausführlichen Antworten. Ich habe es auch gern laufen lassen, weil es einen großen Erkenntnisgewinn mit sich brachte.

Punkt 3 der Tagesordnung

- a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0005](#)
DiDat
CityLab Berlin – Projekte und Ergebnisse
(auf Antrag der Fraktion der CDU)

Hierzu: Auswertung der Anhörung vom 22. Juni 2022

- b) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0019](#)
DiDat
CityLab und digitale Innovationsnetzwerke des Landes Berlin
(auf Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke)

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 4 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.